

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: für Halle monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Verlegerstraße 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Abgabepreis: 15 Pf. für den um Höhe und Spalte: 1 Mt. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privatbank Halle. Postkonten: Betrag 1088 48 Reich Mark, Halle. Druck: Produktions- und Druckerei G. m. b. H., Halle, Verlegerstraße 14. Fernruf 22201. Druckzeitung: Klassenkampf Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 14. Januar 1930

10. Jahrgang * Nr. 11

Das hallische Trustparlament gegen die Erwerbslosen

Statt Brot und Arbeit unerhörter Polizeiterrord

Die SPD. und die übrigen bürgerlichen Parteien verhöhnen die Erwerbslosen

Halle, den 14. Januar.

Polizeiterrord statt Brot und Arbeit, das ist keine Nebenart, das ist die beständige Charakteristik unserer gegenwärtigen Zustände. Der gestrige Tag in Halle hat es wiederum bewiesen.

Im Stadtparlament wurden die Anträge aus den Erwerbslosenversammlungen, die sich die Kommunisten zu eigen gemacht hatten, von der SPD. und allen anderen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Abgelehnt wurde sogar ein Antrag der Sozialdemokraten, der für ein Kind der Erwerbslosen die lächerliche Summe von 3 Mark vorschlug, mit der der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Peters, der im Stadtparlament den Antrag der SPD. machte, die einem Raubschloßbesuch sogar ohne Begleitung nicht auskommt. Abgelehnt wurde ein Antrag der Nazis, der nach der Begründung ihres Sprechers denen, denen es noch „leidlich geht“, etwas durch Zuschlagssteuerern usw. für jene wegnehmen sollte, denen es vollkommen dreißig geht. Abgenommen wurde ein Antrag der anderen bürgerlichen Stadtverordneten, 200 000 Mark für Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen.

Diese lächerlich geringe Summe reicht nicht einmal, um den 8500 registrierenden Erwerbslosen einen einzigen Wochenlohn von 25 Mark auszusprechen.

Die Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialfaschisten lehnte auch die Beratung eines kommunistischen Antrages, der sich gegen Young-Plan und Finanzreform

richtete, die die Gemeinden doch ungeheuerlich belasten, ab. Die angeführten Bekämpfer des Young-Planes aus dem Hitler-Jugend-Bund haben sich damit erneut zu dem Hungerkurs bekannt, der als Folge dieser Abmachungen durchgeführt wird. Auch folgender kommunistischer Antrag, der die grundsätzliche Bekämpfung der Erwerbslosigkeit nicht nur mit dem Mittel von Sonderzuschüssen, sondern durch die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten, erbringen sollte, wurde von der bürgerlichen Einheitsfront, von den Nazis bis zur SPD., abgelehnt.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion beantragt: „Der hallische Magistrat hat sich bei den entsprechenden Behörden des Staates und den Instanzen der Industrie dafür einzusetzen, daß angesichts der gewaltigen Massenentlassungen im Leuna-Beck und in der hallischen Metallindustrie umgehend der Siebenstundentag, die Fünftagewoche und das Vierstundensystem bei vollem Lohnausgleich und einer Lohnerhöhung von 30 Prozent eingeführt werden.“

In dem Maße, wie dieses unerhörte Verhalten der bürgerlich-sozialfaschistischen Mehrheit auf dem Marktplatz und in den Straßen der Stadt Halle den zu vielen Tausenden demonstrierenden Erwerbslosen bekannt wurde, ließ die berechtigte Empörung über das niederträchtige Verhalten des Trustparlamentes.



„Mutter, wir haben Hunger...“

Dung der Begründung des Magistrats beweist allein schon die

Wir hängen besonders die aktive Hilfe, die die sozialfaschistische Partei von Halle durch ihr „Volkblatt“ in der niederträchtigsten Weise dem Magistrat bei der Verhinderung einer Stadtverordnetenversammlung vor Behnachten geleistet hat, niedriger. Damit erklärt sich die Partei wieder mal als erbärmlicher Hüter der Traubourgeoisie.

Die werktätige Bevölkerung erblickt in der Magistratsverlesung den ersten Vorstoß des dieses neue Parlament noch mehr als das alle beherrschenden Trustkapitals. Schon durch diesen einen Fall — und durch die Unfähigkeit, mit der sie diese Erklärung entgegennehmen — weiß die werktätige Bevölkerung, daß sie von diesem Parlament nichts zu erwarten hat als Einseitigkeit auf den Magen, als Vergrößerung des Massenelendes.

Unter Führung der kommunistischen Partei werden die werktätigen Massen auf der Straße und in den Betrieben den Kampf um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und politischen Lage aufnehmen und durch uns dieses Parlament als Tribüne zur Massenmobilisation benützen.

Schweigend hatten die sozialdemokratischen und die anderen bürgerlichen Stadtverordneten sich diese Erklärung angehört. Der Magistrat war zu feige, auf diese Feststellung zu antworten. Er hat damit seine Schuld an der Verschleppung der Stadtverordnetenversammlung bestätigt.

Die Hehe der gesamten bürgerlichen Presse gegen die SPD., die das „Volkblatt“ am Samstag bis zur Androhung von Polizeibrutalität gegen die kommunistische Stadtverordnetenfraktion kleinerer und die sozialdemokratische Bruderorgan, die „Saale-Zeitung“, mit der Bemerkung, daß die Erwerbslosen ja zu faul seien, Arbeit anzunehmen, beschloß, ist damit elend zusammengebrochen.

Der Polizeiterrord gegen die Erwerbslosen

Am 5 Uhr war der Marktplatz schwarz von Demonstranten. Immer neue Massen krönten aus allen Richtungen herbei. Im

Das Schuldbekenntnis des Magistrats

Kommunistische Anklage gegen die Verschleppung der ersten Stadtverordnetenversammlung

Schon die Stellungnahme der SPD. und der anderen bürgerlichen Parteien zur Verschleppung der Stadtverordnetenversammlung bewies, daß die werktätigen Massen von diesem Parlament nichts als neues Mäulchen zu erwarten haben. Sofort nach der Übernahme der ersten Formalmittel verlor im Auftrag unserer Fraktion der Genosse G. b. d. folgende Erklärung:

Erklärung

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion erludete am 16. Dezember den Magistrat, das neue Stadtparlament sofort zusammenzubereiten. Sie begründete ihre Forderungen mit Anträgen, die die Beschaffung von Winterbeihilfen für die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinstrentner, sowie die Schwertriebsbeihilfen und die übrigen Arbeiter vorzuziehen und die u. a. auch Stellungnahme gegen die Ausgliederungspolitik der Koalitionsregierung, das die Kommunen schwerbelastende Sozialprogramm und das Republikanische Programm verlangten. Diesen Antrag hat der Magistrat abgelehnt. Seine Ablehnung wurde zunächst an dem (1) in der bürgerlichen Presse mit einem angeleglichen Versehen der kommunistischen Fraktion begründet. Weil ein kommunistischer Abgeordneter zurücktrat und der andere nachzudenke nicht sofort als Nachfolger benannt werden sei, wäre es dem Magistrat unmöglich gewesen, die Stadtverordnetenversammlung noch im alten Jahre einzuberufen.

Wir stellen fest, daß diese Begründung ein unerhörtes Täuschungsmanöver der Werktätigen von Halle mit dem Ziel darstellt, die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinstrentner sowie die städtischen Arbeiter um dringend notwendige Winterbeihilfen zu bringen und dabei noch die Schuld auf die einzige Vertreterin der werktätigen Massen, die kommunistische Partei, abzuwälzen.

Wenn es dem Magistrat nur darauf angekommen wäre, Maßnahmen im Interesse des mitteldeutschen Trustkapitals in der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen, dann wäre diese ohne weiteres sofort einberufen worden, der angelegliche Grund hätte dann einfach nicht existiert. Der Magistrat handelte gerade im Auftrag des Trustkapitals, als er mit dieser lächerlichen Begründung die Erwerbslosen usw. um die Winterbeihilfen brachte. Der reaktionäre Magistrat wird auch durch sein Verhalten mit den nach uns vorliegenden Anträgen der kommunistischen Fraktion auf Winterbeihilfen usw. bewiesen, daß es ihm nur darauf ankam, die Armlen der Armen um eine kleine Weichnagel zu bringen.

Dies Verhalten des Magistrats ist besonders angesichts der gerade in unserem Bezirk gewaltig angewachsenen Erwerbslosigkeit empörend, zumal der Magistrat mit solchen

Väherlichkeiten wie den „Christbäumen für alle“ ein Mitgefühl für die schreckliche Not der Arbeiterbevölkerung vorzuzuscheln versucht.

In Berlin, Leipzig und vielen anderen Orten sind die Stadtverordnetenversammlungen zusammengebrochen, obwohl ähnliche Umstände zu verzeichnen waren wie in Halle. Die einzige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ist nach der Störung der Versammlung. Mit dieser Feststellung erludeten sich die zwar fingerfertigen, aber höchst durchsichtigen juristischen Spitzfindigkeiten der Magistratsverwaltung. Wenn schließlich ein zweiter, dritter, vierter oder fünfter Abgeordneter sein Mandat nicht angenommen hätte und wenn das einer nach dem anderen tun würde, dann könnte bis zur nächsten Wahl überhaupt keine Stadtverordnetenversammlung stattfinden. Die Väterlichkeit dieser Konsequenzen un-

Erfolgreicher Kampf in Merseburg

Mißglückte Polizeiaktion — Brenners Willkürregiment erleidet Schiffbruch Sozialfaschisten müssen Forderungen „des kommunistischen Janhagel“ bewilligen

In Merseburg kam es gestern anlässlich der Beratung der von der kommunistischen Partei eingebrachten Erwerbslosenanträge zu großen Tumulten, die von dem Vorleser, dem Volksparteiler Brenner, verursacht wurden. Brenner verurteilte die Erwerbslosen auf der Tribüne durch die Polizei hinausbringen zu lassen. Durch den energischen Widerstand der Erwerbslosen wie der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion mißglückte die Polizeiaktion.

Die Polizei mußte den Saal verlassen. Die Erwerbslosen ergrißen das Wort von Zuhörerraum der Stadtverordnetenversammlung aus. Sie schubderten den Sozialfaschisten und dem Bürgertum entgegen: „Wir wollen Arbeit!“ Weiter kommt Ihr nichts, als uns Zuhörern zu überlassen! Nun, dann macht es halt. Erze Polizei! Soll Krüger (der ehemalige SPD.-Bunze, jetziger Polizeipräsident) seine Feldatanten beweisen! Wieder mit den Sozialfaschisten! Kampf diesem Jungerparlament!“

Der Vorleser Brenner unterdrückte die Sitzung. Auf Protest unserer Genossen wurde nach einer geräumten Zeit die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Die Sozialfaschisten, die die Erwerbslosen im „Volkblattischen“ als „kommunistischen Janhagel“ bezeichnet hatten, wagten unter dem ungeheuren Protest nicht, die Anträge abzulehnen. Mit den Stimmen der SPD. fanden die Anträge unserer Genossen Aufnahme.

Die Erwerbslosen erludeten eine Kirmessale, Heizmaterial. Eine Schutzbeschlusssitzung zum kollektiven Beschlüssen der Schule wird eingerichtet, des weiteren fand das Arbeitsbeschaffungsprogramm Annahme.

Nach Schluß der Sitzung fanden immer noch Hunderte von Erwerbslosen vor dem Rathaus. Die Empörung war so stark, daß sich die Sozialfaschisten nicht aus dem Rathaus wagten. 211 Uhr abends wurden die Straßen durch die Polizei geräumt. Die SPD.-Stadtverordneten ließen sich durch die Polizei nach Hause begleiten. (Mitschriftlicher Bericht morgen.)



Gärung in der deutschen Flotte

Wachsende Unzufriedenheit — Vergebliche Terrormaßnahmen

(Eig. Draht.) Berlin, 14. Januar.

erschwor tief man zum Stungsaal empor: „Wir wollen Arbeit, wir wollen Brot.“ Darauf wurde von der Polizei, unterstützt durch berittene Schupos, der Marktplatz abgeblümt und sämtliche Straßen zum Marktplatz abgeperrt. Sogar die Hallesche der Bundesbahn auf dem Gelände aufgeschoben. Die Ökonomie mußten sich „für alle Fälle“ bedürfen.

Die Massen zogen zum Hallmarkt herunter. Hierbei legten sich erstensmal, und zwar in der Talamstraße, Gummiknüppelplattaden ein. Ob Frauen oder Männer, ganz gleich, es wurde in brutaler Weise in der engen Straße auf alles eingegangen. Auf dem Hallmarkt selbst, wo die Arbeiter auf den Bericht der Stadtvorordneten warteten, hat die Polizei, vor allen Dingen die berittene Polizei, fortgesetzt prozessiert, um einen Anlaß zu finden, auch den Hallmarkt zu säubern, um damit die Massen auseinander zu treiben.

Mit blanker Waffe . . .

Sie ging dann auch zwischen 6 und 7 Uhr dazu über, mit blanker Waffe die Menschenmenge in die Seitenstraßen zu drücken. Hierbei ging es wild her.

Zu fünf bis sechs Mann wurden die Arbeiter von Schuposgruppen zu Boden gerissen und dann faule der Säbel auf sie nieder.

Schon nach einigen Minuten trugen Arbeiterfamilien zwei junge Arbeiter weg, die von Säbelschlägen schwer verwundet sind. Im nächsten Jigarettenladen werden Nothelfer angelegt.

Die Gummiknüppelplattaden werden fortgesetzt auf dem Hallmarkt zusammen.

In kurzen Worten schilderten hier die Genossen Schmitt (M. d. R., Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses), Gutjahr und der Stadtvorordnete Wabbel die Lage.

„Eine Delegation wurde gewählt und zum Rathaus entsandt, aber nicht zugelassen.“

Es herrschte eine gute Kampfstimmung. Ein revolutionäres Kampfbild nach dem anderen erlöste.

Bei der Räumung des Marktplatzes taten sich die zum Schutze des Hallener Hungerparlamentes extra von Bitterfeld, Wittenberg herbeigerufenen Soldaten besonders brutal hervor, so daß man zu der Überzeugung kam, wie v. B. einige Lebensbedürfnisse in den abgeperrten Straßen, die erklärten, daß man diese Bedürfnisse eigens zu diesem Zwecke gedrückt habe. Die Arbeiter sagten manchem dieser Bedürfnisse auf proletarische Art ihre Meinung.

Prozessateure mit ohne Uniform

Bei diesen Zusammenstößen konnte man wiederholt feststellen, daß Prozessateure mit oder ohne Uniformen das Verbrechen der Gewalt zu geben, ihre Weiterprüfung im Arbeiterüberprüfungsamt zu bestehen.

„Ja, da haben wir heute wieder einmal unseren Schmitt“, erklärten schamlos und mande der Schupos.

Den Anlaß zum Vorhangeln gab der Polizeileutnant, welcher an der Talamstraße und der Dariusstraße die Abriegelung übernahm. Als ein Gaul durch den Anblick der vielen auf dem Hallmarkt sich haufenden Menschen verurteilen wollte, sich seiner Würde zu erheben, kam die Polizei zum Vorschein, die Gegend, das Signal zum Vorhangeln zu geben.

an einer humoristischen Einlage fehlte es nicht

In der Talamstraße gingen zwei höhere Schuposoffiziere in Begleitung eines Zivilisten. Als sich diese heranschickten, wurde dieser Zivilist von einem Schupo gerade nicht sehr leicht angefaßt. Aber schon sprang man hinauf und machte diese Schupo auf seinen Fehltritt aufmerksam. Mit höchstem Kopfe zog sich der überreizte Unordnungsstiller hinter die Soldaten zurück. Aus den Fenstern der Arbeiter ging hervor, daß man es sehr bedauerte, daß dieser Herr den Gummiknüppel nicht zu helfen hätte.

„Alles was nach Arbeiter ausseh, wurde nicht durch die Polizei gelassen; aber Studenten mit ihrem Bierunterfaß auf dem Kopfe konnten ungehindert hindurch, obwohl anerkennenswerter Arbeiter, die ihren Bedarf in einem der Geschäfte, welche in den abgeperrten Straßen liegen, decken wollten, brutal zurückgedrängt wurden.“

Der zweite planmäßige Angriff auf die Arbeiter ging ebenfalls von der Talamstraße aus. Von hier aus unternehmen die berittene Polizei mit Unterstützung des „Hufpoles“ den Angriff. Wie auf ein Signal schlugen ebenfalls die an der Südseite des Hallmarktes postierten Schupos mit dem Gummiknüppel auf die nach und nach herein kommenden Arbeiter ein. Das der Angriff vollkommen planmäßig vor sich ging, geht daraus hervor, daß im selben Moment berittene Polizei mit blanken Säbeln von der Dreußhauptstraße in die zurückweichenden Arbeiter eintritt und blühtlings auf die Arbeiter einhäuft.

Einem Arbeiter (Nicht Kunde) wurde dabei das Schlüsselbein durchgeschlagen und viele andere wurden verletzt.

Arbeiter, welche die Verletzung in ein Geschäft in der Falkenstraße zum Verbinden trugen, wurden dranhin sofort von den abgeperrten Schupos mit blanken Säbeln angefaßt. Die Arbeiter, die jetzt den Hallmarkt zu drei Viereln verließen, auseinander zu haufen, um dann die Zugangsstraßen zum Hallmarkt abzuschließen, was auch zum Teil gelang. Trotz alledem dauerte es nicht lange und auf dem Hallmarkt trauten sich die Massen immer und immer wieder.

Einige besondere Schandthaten der Polizei

Wie nichtig sich die Polizei benahm, beweist die Tatsache, daß drei Schuposbeamte gegen 7 Uhr an der Ecke Dariusstraße und Hallmarkt einen alten harmlosen Mann von hinten überfallen, ihn niederstießen und so lange mißhandelten, bis er bittend um Erbarmen flehte und von den Sanitätskommisariaten weggetragen werden mußte. „Maret nur, Euch Hunde wollen wir schon kriegen“, war der allgemeine Schlußsatz dieser Polizeifolaten.

Ein lahmer Krebskranke wurde mit dem Auf: „Kauf schneller“ erdrosselt mit dem Gummiknüppel bearbeitet.

In der ebenfalls abgeperrten Scharnsteckstraße war die „Elite“ der Schupo vertreten. Sie trieben nicht die Ballanten zurück und brutal fast bis zum Äußersten, um sie dann wieder bis zum Markt vorzulassen und erneut zurück zu treiben. Das lösten den „Schnur“politischen furchtbaren Späß zu machen, denn sie mißhandelten dieses Wandler noch öfter. Ein junger Mann, der in ein Jigarettengeschäft wollte, wurde brutal mißhandelt. Ein anderer Mann, der sich ebenfalls nicht scheute, wurde von den Sanitätskommisariaten weggetragen, was auch zum Teil gelang. Trotz alledem dauerte es nicht lange und auf dem Hallmarkt trauten sich die Massen immer und immer wieder.

Die Kleine Ulrichstraße wurde von zwei berittenen Drey-Soldaten unheimlich gemacht, die bei dem geringsten Anlaß vor lauter „Mut“ sofort ihre Säbel zogen und auf die Ballanten losgingen. Daß dadurch die Ermögung der Arbeiter immer größer wurde, machte sich auch in dem Fall der Arbeiter, die in den Straßenfronten, die dazu dienen sollte, die Arbeiterfront aus dem gemeinsamen zu provozieren. Es ist ihm vorderegelungen.

Nach Beendigung der Stadtvorordnetensitzung

fand eine eindrucksvolle Schlusskundgebung auf dem Hallmarkt statt. Trotz der mehrfach gerichteten Polizeianfälle und der in die Reihenfronten abgerichteten Massen hatte sich wieder eine

Die Unzufriedenheit der Matrosen der Reichsmarine ist zur tiefgehenden Gärung geworden. Auf dem Dünenschiff „Hessen“ sind dieser Tage sechs Matrosen auf einmal aus der Reichswehr ausgesagt worden, nur weil sie es gewagt haben, sich miteinander über die untragbaren Dienstverhältnisse in der deutschen Kriegsmarine zu unterhalten. Dabei haben sich die sechs hinausgeworfenen Matrosen nicht einmal beschwert. Wie muß es doch in der Marine aussehen, wenn schon ein Gespräch unter Matrosen genügt, um sie Hals über Kopf zu maßregeln. Wir fordern ihre sofortige Wiedereinstellung und die Wiederherstellung sämtlicher Versorgungsansprüche und Rückzahlung des seit der Entlassung ausstehenden Soldes.

Wie ernst die Marineleitung selbst die „Emden“-Materie einschätzt, geht daraus hervor, daß seit ihrem Bekanntwerden vor allen Verkehrsrotellen der Matrosen in Wilhelmshaven Zivilisten gestellt sind, deren ausschließlicher Zweck die Überwachung der Mannschaft ist.

Am Bord jedes Kriegsschiffes, das im Dezember und Januar von See zurückkehrt, entleert der Befehlshaber der Norddeutsche Flotte nach vor Einlaufen in Wilhelmshaven einen Ordnungsausschuß. Auf allen diesen Schiffen sind die Matrosen organisiert und gerufen worden. Vor bekanntem Front wird ihnen bekanntgegeben, daß an der „Emden“ ein „Dummes Junge“ mit einer „Pistole“ paßiert ist; in der Stadt würde, die sofort darauf folgen: „Die Kommunisten verhaften, Euch Material ausgeben. Ihr müßt sofort jeden verhaften lassen.“ Bis hierher haben die Matrosen allerdings noch keinen festgenommen.

Mobilmachung gegen Stilllegung

(Eig. Draht.) Berlin, 14. Januar.

Die Belegschaft der Berliner Industriewerke wählte in ihrer letzten Betriebsversammlung ein dreigliedriges Komitee zur Vorbereitung des Kampfes gegen die Stilllegung des Werkes, die nimmend erdgültig am 22. Januar erfolgen soll. Die Wahl erfolgte mit dem Stimmen der sozialdemokratischen Arbeiter.

Severings Diktaturgesetz

Die Paragraphen zum Verbot der Kommunistischen Partei angenommen

In der Sonnabendabendung des Straßenschauspiels des Reichstages approbierte die Regierungsmehrheit unter Führung der Sozialdemokraten Herrn Severing des Reichstages die Verfassungslösung durch jeden beliebigen Politischen. In Zukunft kann jede Versammlung politisch aufgelöst werden.

„In der durch eine Jamburhandlung gegen eine Bestimmung des Republikverfassungsgesetzes der Frieden gestiftet.“

Eine Erinnerungsfeier zu Ehren der Hamburger Barrikadenkämpfer, eine Erinnerungsfeier zu Ehren Rudi Viehmanns ist für Severings Politischen der Reichstages des Reichstages, die § 8 des Republikverfassungsgesetzes verweist, also kann die Versammlung aufgelöst werden. Wiederherstellung des willehminischen Mautorfes für alle Arbeiterveranstaltungen, das ist die Versammlungsfreiheit unter Severings Diktatur.

Genosse Maslowski brandmarkte die verächtliche Rolle der „linken“ Sozialdemokraten, vor allem Rudi Kollensfelds, der im linkssozialdemokratischen „Klassenkampf“ das neue Republikverfassungsgesetz als arbeitereindlich hinstellt, um linke sozialdemokratische Arbeiter einzuscheiden, der aber zugleich als Wärmungsautomat im Ausmaß jeden der niederträchtigen Paragraphen des Gesetzes annimmt.

Der Gummiknüppel wütet!

Unter dem Kommando der Sozialfaschisten

Als am 10. Januar die Erwerbslosen Worms demonstrieren, wurden sie von der Polizei des Sozialfaschisten Leuders durch eine regelrechte Gummiknüppelplattade überfallen. Eradem der Zug mehrmals auseinandergefahren wurde, sammelten sich die Erwerbslosen immer wieder. Auch als die Vorstenden des Erwerbslosenanschlusses verhaftet waren, war der Kampfbild der Demonstration nicht gebrochen, im Gegenteil demonstrieren die Arbeitslosen solange weiter, bis ihre Kollegen aus der Stadt entlassen waren.

Aufmarsch in Stuttgart

Die Stuttgarter Erwerbslosen beantworteten die unerbörten Polizeiprozessionen, indem sie noch massiver als bisher durch die Stadt demonstrieren, so daß selbst die zahlreich aufmarschierte Stuttgarter Polizei den Zug nicht auseinanderbringen konnte. In der anschließenden Versammlung traten 14 Arbeiter der Kommunistischen Partei bei.

Winterbeihilfe durch Massenbrand erzwungen

Unter dem Massenbrand der zu Hunderten aufmarschierten Erwerbslosen lösten sich die Soldaten in Kaiserslautern auf. In der Sitzung am 10. Januar die Forderungen der Erwerbslosen annehmen und eine Winterbeihilfe für alle Erwerbslosen und Ausgesteuerten in der Höhe von 25 Mk. zu bewilligen.

Mit dem Polizeiknüppel gegen die Planener Erwerbslosen verurteilt

Die Stadtverwaltung die maßlose Empörung der Proleten zu „beuhigen“. Trotz wahllos vorgenommener Verhaftungen ließen sich aber die Arbeiter nicht provozieren und vereitelten auch durch ihre eigene Disziplin, daß die Polizei, die eigens dazu frische Kräfte aus der Polizeibeamten verlegt, einen Blutbad anrichten konnte.

große Menschenmasse auf dem Plage angeammelt, die aufmerksam dem Bericht des Genossen Wido Härtel lauschte. Derselbe gab ein kurzes und präzises Bild über den Verlauf der Stadtvorordnetensitzung. Ein beständiges Brausendes „Not Front“ ertönte am Ende des Berichtes über den Tisch.

Genosse Wabbel betonte dann noch die Notwendigkeit des sofortigen Stellungnahme in den Vertriebenen zu den Ereignissen und forderte die Betriebsarbeiter auf, Delegierte zu dem am 1. und 2. Februar stattfindenden Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu wählen.

Mit dem spontanen Gesang der „Internationale“ fand die Kundgebung ihr Ende.

Die Hingebige geht los

Die „Selbstiger Neuesten Nachrichten“ melden heute vormittag zur Erheiterung der holländischen Arbeiterdemonstration, daß an den Demonstrationen in Halle, nur etwa 1000 Demonstranten teilgenommen hätten. Dann verbreiteten sie weiter das Märchen, daß die „Menge die Polizei mit großen Steinen bewarf, wodurch ein Polizeibeamter verletzt“ wurden. Es ist zu betonen, daß die Meldung, wenn sie Königsberg oder Friedrichshagen ereignet hätte, mehrere von Kommunisten totgeschossene Polizeibeamte anzeigt. Die bürgerliche Presse mag so nur weiter behaupten, sie soll sich aber dann nicht wundern, wenn eines Tages den Erwerbslosen die Schuld trifft und die Plattekreuzer in der Tat herumsitzen.

SPD- und Nazi-Einheitsfront gegen Erwerbslose

hat sich im Thüringer Landtag nimmend erdgültig gebildet. Während die Nazis bereits zweimal im Namen der Thüringer Front der kommunistischen Erwerbslosenanschlusses undsprachen hatten, haben sie wie die Sozialdemokraten nimmend auch im Sozialstaatsauschuß des Thüringer Landtages durch ihre Stimmenthaltung zu diesen Forderungen die kommunistischen Anträge ablehnen gebilligt. Die ganze Demagogie der Nationalsozialisten erbellt sich aus einem Antrage, den diese einige Wochen vor Weihnachten im Thüringer Landtag eingebracht haben und den uniere Thüringer Parteipresse ihrer zeitigen arbeitereindlichen Abstimmen gegenüberhält. Damals fragten die Nazis in ihren Anträgen:

„Will die Regierung noch vor Weihnachten durch Ausschüttung eines Betrages an Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner die größte herrschende Not lindern helfen?“

Als nimmend trotz aller Verzögerungsmaßnahmen die kommunistischen Anträge endlich zur Abstimmung standen, himmen die nationalsozialistischen Demagogen gegen diese Forderungen, die nimmend erdtroffen wurden, haben sie auch ihre frühere Forderung auf Abbau der Winterbeihilfe preisgegeben.

Streik gegen Alfordreduzierung

In der Schuhfabrik Spieh in Stuttgart haben die Arbeiter der Abteilung Auspuß die Arbeit niedergelegt, weil der Betriebsleiter eigenmächtig eine Verringerung der Alfordreduzierung wollte. Die Verhandlungen mit dem Betriebsleiter über die Wiederaufnahme der Arbeit sind gescheitert und die Belegschaft hat erklärt, daß sie die Arbeit erst dann wieder aufnehmen wird, wenn alle Differenzen mit der Firma geregelt sind.

Kommunistische Gemeindeverwalter werden nicht bestätigt

Der einigen Wochen wurde unter förmlicher Begleitung der Arbeiterfront in der Bergarbeitergemeinde Serringen (Ruhrgbiet) der Genosse Junt, der ehemalige gemäßigtere Betriebsvorsitzende der Lodge de Wendel und Vorsitzender des Rumpfenreparationsausschlusses der Betriebsräte, zum Gemeindeverwalter gewählt. Wie das „Ruhrgbiet“ mittelt, hat der Reichsausschuß in seiner letzten Sitzung die Bestätigung des kommunistischen Gemeindeverwalters abgelehnt. Dieser ein neues Beispiel von der „Demokratie“ und dem „kommunalen Selbstbestimmungsrecht“ im falschierten Deutschland.

Am 340 000 Personen liegt in der zweiten Dezemberhälfte die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger. 210 000 sind in der Kräfteförderorg.

Die deutschnationalen Landtagsabgeordnete Franz Ulrich ist aus der Hugenberg-Partei ausgetreten.

Der Brotpreis wurde in Paris erneut um 5 Centimes pro Kilo erhöht.

In England, dem am meisten im Fall eines Krieges durch Unterbesetzung bedrohten Lande, kann die Spottzeit der Notwendigkeit der Abschaffung der W-Floote.

Der Mann, die revolutionäre Organisation der Eingeborenen auf Neuseeland, wurde verhaftet.

Im italienischen Konstant in Argentinien explodierte eine Bombe. Zwei Personen wurden verletzt.

Schwere Zusammenstöße in Australien

Solidaritätsbeschluss der Eisenbahner — Maschinengewehre gegen die streikenden Kumpels

Sidney, 18. Januar. Die Lage im Bergarbeiterstreik in New South Wales (Australien) hat sich aufs neue außerordentlich verschärft. Am gestrigen Sonntag beschloß die Eisenbahnergewerkschaft in Sidney, keinerlei Streikbedrohliche mehr zu befördern. Das wurde organisatorische Maßnahmen zur sofortigen Durchführung dieses Beschlusses getroffen.

Der der Zeche „North Star“, die von der Regierung durch Streikbrecher betrieben wird, ist es am Sonntag wiederum zu schweren Zusammenstößen zwischen den streikenden Bergarbeitern auf der einen und Streikbrechern, Polizei und schützlichen Elementen auf der anderen Seite gekommen. Auf der Zeche sind neuerdings Maschinengewehre und große Mengen Munition untergebracht. Das ganze Gelände in der Umgebung der Zeche ist durch Drahtverhau abgesperrt.

Die Erregung unter der Arbeiterschaft und der gesamten Bevölkerung ist ungeheuer. Es ist mit neuen schweren Zusammenstößen zu rechnen.

Aufstand in Uruguay

Eingeborenorganisation auf Samoa verboten

Montevideo, 18. Januar. In Uruguay ist ein Aufstand ausgebrochen. Die Regierung entsandte Truppen in das Aufstandsgebiet an der brasilianischen Grenze.

Wie ernst die Lage ist, geht daraus hervor, daß die uruguayische Staatsbank ihren Filialen in der Provinz die Anweisung gab, ihre Gelder in die Garnisonsstädte zu überführen.

Wellington (Neuseeland), 13. Januar. Der Gouverneur von Samoa hat im Auftrage der neuseeländischen Regierung die nationale revolutionäre Organisation „Mau“ verboten, ebenso wie an deren Stelle einl. gebildete Organisation. Zwischenhandlungen gegen das Verbot werden mit Geldstrafe bis 200 Pfund oder Gefängnis bestraft.

Eine Reihe von Mitgliedern der Organisation „Mau“, die öffentlich aufgefordert waren, sich bei der Polizei zu melden, haben sich geweigert, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Die Regierung unter der Bevölkerung hat sich infolge des Verbots der Eingeborenorganisation weiter ausgedehnt.

Schanghaifachets deutscher Stab

Die Verbindungen des Wehrkreiscommandos III mit der chinesischen Kontroverrevolution

Die Meldungen der kommunistischen Presse über die Zusammenarbeit deutscher Kontroverrevolutionärer Offiziere mit dem chinesischen Stab der Schanghaifachets und über deutsche Munitionslieferungen an die chinesische Kontroverrevolution hat das höchste Dementi einer „amtlichen Stelle“ erfahren. Es wird in Abrede gestellt, daß offizielle Beziehungen zwischen der deutschen Regierung oder anderen amtlichen Stellen mit der chinesischen Kontroverrevolution bestanden haben. Die Beteiligung deutscher Offiziere an den Kämpfen auf Seiten Schanghaifachets wird als private Angelegenheit dieser eingestuft.

Wir sind in der Lage, unseren Lesern folgende neuen Tatsachen in dieser Angelegenheit mitzuteilen. Die Anwerbung deutscher Offiziere für China geschah durch Vermittlung eines Major C. D. Hinghe, der Angehöriger des Wehrkreiscommandos III auf Postenbesetzung ist. Dieser Herr wandte sich an verschiedene Offiziere und beachtete mit ihnen über die Bedingungen, unter denen sie von Schanghaifachets angeworben werden sollten. Er stand dabei in enger Verbindung mit dem beteiligten Oberst Bauer. Den weitgehendsten Offizieren wurde ein Monatsgehalt von 500 Dollar zugesichert. Sie wurden in einem geschlossenen Transport unter Führung des Oberstleutnants A. D. Arkel bei See nach China transportiert.

Es wird auch den zu erwartenden neuen „Dementis“ nicht gelingen, die tatsächliche Verbindung der deutschen und chinesischen Kontroverrevolution an der West- und Ostküste und die deutsche Regierung von der Mitverantwortung reinzuwaschen.

Die „Opposition“ der französischen Sozialisten

Paris, 13. Januar. (Eig. Bericht.) Auf dem Kongress der Sozialistischen Partei des Seine-Departements wurde gegen ein Beschlüß gefaßt, in dem sich der Parteitag gegen die Beteiligung

an einer Regierung mit den Radikalen ausdrückl. 1967 Stimmen waren für die Beteiligung, 2574 dagegen.

Der Beschlüß der französischen Sozialisten des Seine-Departements stellt nicht weiter dar als einen Schein Kampf gegen die Koalitionspolitik. Die Sozialisten halten mit Rücksicht auf die Stimmung der Arbeiterschaft zurzeit die Koalitionspolitik für unangemessen. Sie, die selbst eine Radikale Regierung unterstützen, werden mit oder ohne Koalition jede revolutionäre Regierung unterstützen.

Dombomben in Argentinien

Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Cordoba in Argentinien wurde im vorigen italienischen Konsulat eine Bombe gefunden. Sie explodierte, als sie nach der Polizei wache gebracht wurde, wobei zwei Personen verwundet wurden.

Massendemonstrationen in Rumänien

Mitler Widerstand gegen Polizeibergriffe

Bukarest, 13. Januar. Gehen fanden in allen größeren Städten Rumänien unter Führung der Kommunisten Demonstrationen der Widerstand, die trotz des Versammlungsverbotes außerordentlich stark Beteiligung zeigten.

Überall kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, deren Angehörige die Demonstranten einen einflussreichen Widerstand entgegensetzten. Dabei wurden auch viele Polizisten verletzt.

In Bukarest wurden Massendemonstrationen vorgenommen. Die Verhafteten lebten ihren Widerstand bis ins Gefängnis fort. Einem Teil gelang es dabei, aus dem Gefängnis auszuweichen.

Von der Front des sozialistischen Aufbaus

Krankenhäuser und Kurorte. Wie die „Gesellschaft“ mitteilt, werden im laufenden Jahr in Kiew für Neubauten an einem Krankenhaus, einer Poliklinik und einem Sanatorium 3 Millionen Rubel verausgabt. Für diese Ausgaben zur Verbesserung der Kuranlagen in Kiew sind 150 000 Rubel bereitgestellt. Die Einrichtungen der Kur- und Krankenhausanlagen sind nur für Arbeiter bestimmt, während in den kapitalistischen Ländern nur die Bourgeoisie sich „erholen“ kann.

300 neue Traktoren. Vor der neuen Traktorenmesse in der Fabrik „Motor Buzilowce“ sind nach Mitteilung der „Ekononmischeskaja Schin“ vom 1. Januar die ersten 300 Traktoren gefertigt worden. Der Dezemberplan wird mit weiteren 300 Traktoren am 9. Januar erfüllt werden.

Produktionserfolge. Der Trakt. „Koschka“ hat sein Quartalsprogramm gut erfüllt. 23 „Mittelwagen“ der „Sowjetkija“ haben alle Funktionen des Traktors 150 000 Tonnen Metalle verarbeitet. In Gusein ist das Programm um 3 Prozent in Stahl um 5 Prozent übererfüllt. Diese Erfolge sind um so mehr zu werten, als die notwendige Reorganisation der letzten erst beendet wurde.

500-Kilometer-Raschfahrleistung in Betrieb. Die 600 Kilometer lange Raschleistung für Kamchia von Minsk bis zum 31. Dezember fertiggestellt worden. Der Vorteil dieser Leistung besteht darin, daß der Druck des Raschfahrers ist, daß vorläufig keine Pumpen und Motoren notwendig sind.

Neues großes Raschfahrortommen. In der Steppeschichtel am Wladimir-Rasch ist nach Meldung der „Sowjetkischaja Schin“ ein großes Raschfahrortommen in Arbeit. Die Raschleistung dieser Raschleistung ist im Vergleich mit dem Raschfahrortommen der Raschleistung im Jahre 1930 250 Kilometer Raschleistung geleistet worden. Ingesamt sollen 1908 Kilometer geleistet werden, um die Baumollfrucht mit dem Raschfahrortommen zu verbinden.

Elektronen-Batterien für Hochspannung. In der Fabrik „Karl Marx“ in Dnepropetrowsk ist die erste Gouber-Batterie (Elektronen-Batterie für Hochspannung) hergestellt worden. Bis zum 1. Januar sollten planmäßig fünf Batterien hergestellt sein, doch wird das Programm übererfüllt, da am 3. Januar zehn Batterien fertiggestellt sein werden.

Neue Eisenbahnlinien in Sibirien. „Ekononmischeskaja Schin“ teilt mit, daß der Bau der Eisenbahn „Krasnojarsk—Chitka“ im Jahre 1930 250 Kilometer Eisenbahnlinien geleistet werden. Ingesamt sollen 1908 Kilometer geleistet werden, um die Baumollfrucht mit dem Raschfahrortommen zu verbinden.

Sozialfaschistischer Verrat im belgischen Textilarbeiter

Kurzarbeit in der Diamantenindustrie

Brüssel, 11. Januar. Der Streik der 7000 Textilarbeiter von Renais, der knapp sieben Tage gedauert hat, ist durch die sozialfaschistischen Vorkräften abgebrochen worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird stattfinden, wenn es den Unternehmern paßt und zu den gleichen Bedingungen wie vor dem Streik.

Hätten die Arbeiter dem Ruf der K.P. Belgiens Folge geleistet und Kampfausschüsse gebildet, so wären sie heute den Unternehmern nicht ausgeliefert; die belgische Arbeiterbewegung kennt keinen so schandlichen Verrat.

Erst am 1. des Streiks hat reformistischer Textilarbeitergewerkschaft, ist ein bekannter Streikbrecher, der während des Textilarbeiterkampfes in Nordfrankreich im Jahre 1929 für das Unternehmertum Streikbrecher war.

Von den 15000 Diamantenschleifern des Unterpenners Gebietes arbeiten nur 3000 volle Zeit. Das „gemeinliche Vorgehen“ der Unternehmer und der Gewerkschaftsbildungen „gegen die Krise“, das sich auf dem Rücken der Arbeiter vollzieht, hat völlig Scheitern geübt. Die Krise dauert ununterbrochen an, und die Arbeiter leben ohne Unterstützung.

Rairo, 13. Januar. Nach Streikungsbewegungen sind durch ein heute erlassenes Dekret ihres Rufens entbunden und durch Anhänger der Waspardel ersetzt worden.

Der Gottlose Von Hans Marchwiza

Wendts holte die Frau den Arzt. Der Kranke wollte immer auf, redete hohes Zeug und mußte mit Gewalt zu Bett gebracht werden.

„Sofort ins Krankenhaus!“ sagte der Arzt. „Welche Arbeit hat er denn getan?“

„Steinträger war er, zuletzt ging's im Afford. Der hat ihn aufgefressen, Herr Doktor. Das war doch keine Arbeit mehr! Wie ein Hund kam er immer abgehaut, lag ich Ihnen, ein Viech hätte sich zugrunde geschickt, Herr Doktor!“

„Wenn Ihr Mann der Arbeit nicht gewachsen war, liebe Frau!“ sagte der Arzt, „dann sollte er eine andere, leichtere verrichten.“

„Ha... ha...! Was Sie nicht lagen, Herr Doktor! Herrja, Bürgermeister Konrad er nicht werden, ne, was Sie nicht meinen, Herr Doktor! Ha... und in den letzten Arbeiten sitzen schon die Fragen drin!“

„Möchten Sie sich, Frau!“ erwiderte der Arzt beleidigt, „mer redet denn vom Bürgermeister werden?“

„Na, Sie sagten doch was von leichter Arbeit, Herr Doktor! Alles, was heute mit Hammer und Hebe geht, ist Viezerei, ob im Afford, oder ohne Afford! Sieht er hat ein paar Markt mehr verdient, aber was hab' ich nun davon? Bald kann ich die Käse in die Wand hauen! Wissen Sie, na ja eine Milere, Herr Doktor!“ Frau Ruppert brach in Weinen aus. „Mer gibt mir nun was, wenn er nicht mehr aufkommt?“

Der Arzt trippelte verlegen auf und ab. „Belozgen Sie einen Wagen und schaffen Sie den Kranken ins Krankenhaus! Das läßt überlassen Sie unserm Herrgott!“

„Ach Da mein Wieder!“ Die Frau schlug die Hände zusammen. „Der?“

Der Arzt sah sie mißbilligend an. „Aber Frau Ruppert, was reden Sie denn da?“

„Der Herrgott, den Sie meinen, Herr Doktor, hat sich um andere Sachen zu kümmern, ha... na, ich lag lieber nichts, mer ist heute noch so'n Duffel und verliert sich... ne, es hat kein Sinn, mit Ihnen darüber zu reden, Herr Doktor! Sie haben ja einen vollen Bauch!“

Der gutgenährte Arzt wurde bis in die Ohren rot. „Guten Abend!“ lagte er höflich und ging kopfschüttelnd fort.

Der Kranke schlug um sich und sprang wieder aus dem Bett. Dür, fleischlos, kaum hundert Pfund schwer.

Die Nachbarin kam herbeigelaufen und sie brachten den Totenden vereint mit aller Mühe ins Bett zurück.

„So ein Kres!“ heulte Frau Ruppert.

„Die Steine! Haltet die Steine!“ tobte Ruppert.

„Das sind die Sünden, Frau Ruppert, die Sünden, die ihn bedürfen!“ sagte Frau Friedlich und befeuerte sich erschrocken.

„Wollen Sie nicht lieber den Herrn Witar rufen?“

„Quatsch!“ erwiderte Frau Ruppert ärgerlich, „Sünden, von Ziegelsteinen jalet er! Er bedankt sich schon für den Witar! Der kimmerte sich nicht um ihn, als er die Steine raufschleppen mußte, bis ihm die Zunge aus dem Halle herausging!“

„Gottgottott!“, jammerte Frau Friedlich und tief hinaus.

„Ne, die ist wirklich verrückt, die Ruppertsfrau! Den Witar will sie nicht haben, wo der Mann bald nicht mehr sapfen kann!“

Ruppert hatte sich eine doppelte Augenentzündung geholt. In die Fundamente und bis zum ersten Stock trugen sie die Mauersteine zu zweit. Dann wurde der eine Steinträger entlassen.

„Ich gebe Ihnen Affordlohn!“ lagte der Polier zu Ruppert.

„Das ist ja schon so eine Unallgemein!“ weigerte sich der.

„Wenn Sie nicht wollen, es findet sich noch einer, der's macht!“ drehte der Polier und Ruppert flüchtete sich, aus Furcht, entlassen zu werden. Es war die Zeit, wo die Baute wegen Frost stillgelegt wurden. Ein großer Teil Bauarbeiter war schon ohne Arbeit und kam dungenweil in die Baustellen, wegen Arbeit zu fragen.

Ruppert schleppte wie aufgedreht, die Mauer riesen trotzdem noch nach Steinen. Der Bau sollte so schnell als möglich fertiggestellt werden. Mitten in der Arbeit brach Ruppert zusammen. Er schlief sich mit beifigen Schiden in der Brust heim und legte sich sofort ins Bett.

„Morgen wird es wohl wieder gehen!“ hatte er gesagt. Nun waren es schon acht Tage her.

„Na komm, Männen!“ lagte der Sauderer, der Ruppert mit seinem Wagen abholte, nach dem Krugengäulein auf seine starken Arme und trug es hinaus. Frau Ruppert fuhr mit. Sie jammerte den ganzen Weg: „Der Kerl geht mir drauf, was hat er nun von der Schüttere!“

Im Krankenhaus empfing sie Schwester Anastasia, die Oberin. Ihre erste Frage war: „Katholisch?“

„Quatsch!“ erwiderte Frau Ruppert wütend, „am gehen ist er, was hat das mit euer Katholischen zu tun?“

„Wir müssen das wissen!“ sagte Schwester Anastasia sanft. Frau Ruppert überlegte rasch. „Ja!“ lagte sie darauf. „Bildet sich dachte sie: „Schaden kann's ihm nicht, wenn ich schuldhaft habe, die Weiber haben oft den Dummel im Kopf!“

Ruppert kam in ein wohlbezogenes Bett. Über dem Bett war eine Tafel, mit Rupperts Namen, Beruf und Krankheitsbeschreibung. In der rechten Ecke der Tafel stand mit Kreide geschrieben ein großes A... Es bedeutete: Katholisch.

Schwester Kamella, die den Kranken belebte, war überglücklich, unter den vielen Evangelischen und Gottlosen einen Katholischen zu haben. Auch der Witar sprach fast jeden Tag vor: „Wie steht's? Ist er beschuldigt?“

„Nicht nicht!“ bedauerte die Nonne.

„Kommt er durch?“

„Er hat eine gäbe Natur!“

„Wie steht es mit den anderen?“

„Die fälligen Gesellen“, fragte Schwester Kamella. „Man soll sie reuefesseln, verdröhen durch und durch! Von Gott wollen sie nichts hören! Dabei sind es nur Arbeiter!“

Das Fieber war gemildert und Ruppert lag, zum Stetlich abgemagert, noch recht erfrischt, doch mit klaren Augen da. Die Schwester benachrichtigte den Witar, der seine Vorbereitungen traf. Dann trat er an Rupperts Bett.

„Nun können Sie wohl beichten, nicht wahr, Ruppert?“

„Was kann ich?“ fragte Ruppert belustigt.

„Beichten!“ erwiderte Schwester Kamella statt des Geitlichen. „Der Herr Witar ist hier!“

„Soll!“ Ein flüchliches Lachen glitt über Rupperts mageres Gesicht.

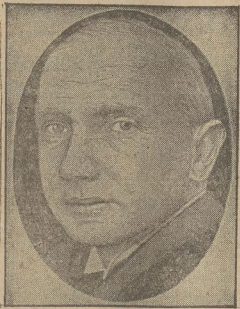
„Hat er denn lobel Zeit — der Herr Witar?“

„Wenn es sich um seine Männenchen handelt!“ bejahte die Schwester.

„Dann legen Sie dem Herrn Witar, in der Stellung an der Post werden noch Steinträger in Afford geschickt!“ lagte Ruppert und drehte den beiden den Rücken. Die anderen Kranken hatten den ganzen Tag gelacht.

„Das hätte ich ahnen sollen“, ärmte die Nonne und wuschte mit einer zornigen Gebärde das „K.“ von der Tafel.

Rund um den Erdball



Der Vorsitzende des Völkerverbundes
 Den Vorsitz in der diesjährigen Januarentag des Völkerverbundes führt der polnische Außenminister Jaksell. Er ist eine der treuesten Stützen des arbeitserfindlichen schiffischen Pflichten-Regimes

1:21700

Ein der höchsten Universitäten arbeitet der Professor Caspary. Nachher hat man sich den Kopf zerbrochen, womit sich dieser Mann eigentlich beschäftigt. Seit hat er der Öffentlichkeit das Produkt seiner 20jährigen Forschungsarbeit mitgeteilt: Er hat 700 verschiedene Personen daraufhin beobachtet, woüber sie sich ärgern. Insgesamt hat er festgestellt, daß es 21 700 Ursachen gibt, die zum Ärger führen. Früher sollen mehr zum Ärger neigen als Männer. Der Mann ärgert sich am häufigsten zwischen 40 und 70 Jahren, die Frauen nach dem 30. Lebensjahre.

Die Feststellung des Herrn Professors müssen für die Eltern 21 700 Ursachen von allergrößter Bedeutung sein. Sie haben nicht den geringsten Grund, sich aufzuregen. Ist doch ihre Arbeitslosigkeit nur eine von 21 700 Ursachen, die zum Ärger führen!

Brüder Saß aus der Haft entlassen

Die Managen der Berliner Kriminalpolizei
 Die Brüder Saß mußten wieder aus der Haft entlassen werden, nachdem man sie unter so sensationellen Umständen verhaftet hatte.

Die Bemühungen der Polizei, ein Geständnis zu erhalten, sind vollkommen gescheitert. Die Geschichte von der Höhle auf dem Friedhof stellt sich als eine lässige Sensationssache der Kriminalpolizei heraus. Man neigt jetzt zu der Auffassung, daß die Höhle von Schulkinder angelegt worden ist, die sie zum Räubers- und Versteckspielen benutzten.

Die Polizei gibt in aller Deutlichkeit bekannt, daß sie die Brüder Saß weiterhin "streng beobachten" werde. Es ist kaum anzunehmen, daß diese widerwärtige Vergewaltung von Zeit und Geld bei der katastrophalen Borniertheit der Kriminalbeamten auch nur den geringsten Erfolg haben wird.

Erhöhung des Weizenpreises in Paris

Rom 15. Januar wird infolge der Erhöhung des Weizenpreises der Weizenpreis in Paris um fünf Centimes pro Kilo auf zwei Franken erhöht.

Zürjorgeamt stiehlt kleine Kinder

Vom Spielplatz entführt — 15 Monate widerrechtlich in „Verwahrung“

In Wottrop ereignete sich im Jahre 1928 folgender Vorfall: Zwei Kinder im Alter von 2½ und 4 Jahren wurden direkt vom Spielplatz weg von einer Schwester des Zürjorgeamtes entführt und in das katholische Erziehungsheim nach Wadburg gebracht. Nach zwei Tagen erhielten die Eltern einen Bescheid des Zürjorgeamtes, das diese Tatsache bestätigte. Das Gesetz erlaubt aber erst nach 7 Monaten diesen Bescheid, der die Manganführung für die beiden Kinder auspricht, für rechtskräftig. Alle Anträge der Eltern auf Herausgabe der Kinder wurden abgelehnt. Es wurde auf eine geistliche Bestimmung verwiesen, daß die Kinder ein Jahr in Verwahrung zu bleiben hätten. Aber selbst über dieses Jahr hinaus wurden die Kinder 15 Monate lang festgehalten.

Als der Vater vergangene Weihnachten die Kinder besuchte, hatten sie ihn unter Tränen, sie doch nicht länger bei den „schwarzen Brüdern“ bleiben zu lassen. Der Vater nahm die Kinder mit, ohne die Verhaftung zu fragen und verließ das Heim. Sofort wurden sämtliche Funktionen auf Veranlassung des Zürjorgeamtes benachrichtigt und der Vater in Arnberg aus dem Zuge herausgeholt. Er weigerte sich jedoch, die Kinder herauszugeben, und die Polizeibeamten waren ausnahmsweise so vernünftig, den Mann mit seinen Kindern nach Hause fahren zu lassen.

Nach zwei Tagen legte ein Sturm der Behörden gegen die Eltern ein. Der Kaplan Nettusch verlangte die sofortige Zurückführung der Kinder. Die Schwestern vom Zürjorgeamt, die Behörden vom Jugendamt trantzen den Vater das Haus ein. Jetzt schrieb der Vater einen Brief an den Landesstaatsanwalt, worin er seine Handlungsweise erklärte. Dar-

20 Matrosen ertrinken

Der englische Schlepddampfer „Saint Genny“ gesunken

Die englische Admiralität gibt bekannt: Der Schlepddampfer „Saint Genny“, der dem Schiffsdienst der Atlantikflotte beigegeben ist, ist am Sonntagabend um 8,20 Uhr Greenwicher Zeit während eines heftigen Orkans etwa 32 Meilen nordwestlich von Ushant gesunken. 20 Mann der Besatzung sind ertrunken. Ein Unteroberst und vier Mann konnten gerettet werden.

Der gesunkene Schlepddampfer ist nach der Flottenliste im April v. J. nach gründlicher Überholung wieder in Dienst gestellt worden. Zuletzt war das Schiff als Tender dem Schlachtschiff „Dedalus“ beigegeben.

Ob die Überholung des Schiffes wirklich so „gründlich“ gewesen ist, erscheint mehr als zweifelhaft.

Sturmschäden in England

Der Sturm über England, der sich stellenweise zum Orkan entwickelte, hat überall große Verwüstungen angerichtet. Bei Deaehyhead erreichte der Wind die Meteorologegeschwindigkeit von 100 Kilometer in der Stunde. Im ganzen Lande sind Zerstörungen von Telefonleitungen, zerbrochene Fensterscheiben, eingestürzte Kamine und Dächer zu verzeichnen.

An verschiedenen Stellen wurden große Räume entzweitelt bzw. zerbrochen, wodurch eine Frau getötet und insgesamt sechs Personen verletzt wurden. Zahlreiche Wege und Eisenbahnschienen wurden durch die umgehürzten Säulen blockiert.

In Ramsgate wurde ein Junge von dem Sturm von der Anlagebrücke ins Meer geweht und ertrank.

Die Schiffahrt wurde durch den Orkan fast in Mitleidenschaft gezogen. Dem britischen Dampfer „Griffith“ ist das Steuer zerbrochen, wodurch der Dampfer hilflos bei Landeband umhertreibt und bereits Notsignale ausstrahlt.

Der 4300 Tonnen große italienische Dampfer „Liana“, der ebenfalls Notsignale ausgestrahlt hätte, konnte nach vielen Schwierigkeiten nach Deal eingeschleppt werden. Der Cunard-Dampfer „Antonin“ aus New York konnte wegen des hohen Seeganges Queenstown nicht anlaufen, so daß die Passagiere für Island in Liverpool gelandet werden mußten. Ein Rettungsboot aus Wafner, das einem in Not befindlichen

Dampfer zu Hilfe eilen wollte, konnte bei dem Seegang nicht zu Wasser gebracht werden, da die Sturzwellen das Boot sofort vollschlugen.

Sturm im Hamburger Hafen

Infolge des starken, böigen Sturmes ist das Wasser im Hamburger Hafen wiederum beträchtlich gestiegen. Der Hochwasserstand erreichte Montag um 14 Uhr etwa hiebzehn Fuß über Null. Die St.-Pauli-Landungsbrücken liegen ungewöhnlich hoch auf.

Die Sturmfluten hatten im Hafen verschiedene Unfälle im Gefolge. Im Kohlenhafen riß sich der deutsche Dampfer „Buz“ von der Verankerung los, er ist jedoch durch zwei Schlepper wieder eingelenkt und an seinen alten Liegeplatz gebracht worden. Beim Eintommen lief der Dampfer „Demoburra“ aus Grimshy gegen eine Pfahlgruppe zwischen dem Schiffbau- und Strandhafen. Die Pfähle wurden vollkommen abgebrochen. Der angerichtete Schaden ist erheblich. Das Wasser ist noch weiter im Steigen begriffen.

Bei Neumühlen wurde eine Feuerwehrtaraffe durch den schweren Wellengang auf den Strand geworfen. Einem Lastendampfer gelang es, unter schwierigen Umständen die Mannschaft zu bergen.

Schneefürne in USA.

Den schweren Schneefürnen, die in den letzten Tagen die westlichen und nördlichen Staaten der Union heimsuchten, sind 30 Personen zum Opfer gefallen. Die Zahl der Verletzten beläuft sich auf mehrere Hundert.

Ein Kran auf einen Bagger getrieben

Auf dem Gelände der Lübecker Maschinenbaugesellschaft wurde am heutigen Montag vormittag durch den schweren Weststurm ein fahrbarer Kran in Bewegung gesetzt. Der Kran rollte auf seinem Gleise der Trave zu, kippte hier um und fiel auf einen im Bau befindlichen Bagger. Der Kran wurde schwer beschädigt. Ebenfalls mied auch der Bagger Beschädigungen auf. Wie durch ein Wunder blieb der Mann, der sich auf dem Kran befunden hatte, unverletzt.

Schweres Grubenunglück in Frankreich

20 Arbeiter verschüttet. — Bis jetzt 12 Tote und sechs Schwerverletzte geborgen

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in einer Braunkohlengrube in Saint Maine in der Provinz Niederelben. Durch einen Sprengstoß wurde der in einem Stollen angebaute Schichtenraum zur Explosion gebracht. 20 Arbeiter wurden verschüttet, bis jetzt wurden zwölf Tote und sechs Schwerverletzte geborgen. Von den Schwerverletzten liegen vier im Sterben.

Blitz tötet zehn Personen

In einem Dorfe im Staate Sao Paulo in Südamerika wurden am Sonntag im Verlaufe eines schweren Gewitters zehn Personen durch Blitzschlag getötet.

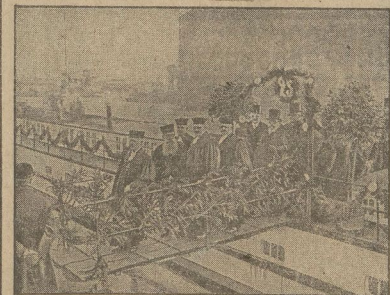
Sechs Menschen bei Hausbrand ungelkommen

Sechs Menschen, darunter ein Ehepaar mit seinen drei Kindern, sind in Tindley im Staate Ohio, beim Brande eines Hauses ums Leben gekommen.



Das brennende Capitol

Der Stk des amerikanischen Kongresses wurde vor etlichen Tagen von einem folgenschweren Schadenfeuer heimgesucht, das namentlich die Kuppel des Bauwerks stark in Mitleidenschaft zog. Erst nach Aufgebot aller Washingtoner Feuerwehren konnte der Brand eingedämmt werden.



Pfaffendemonstration

Die bürgerliche Presse macht einen Heidenjagat über das 25jährige Bestehen des „schwimmenden Gotteshauses“, der Schiffkirche. Unser Bild zeigt die Pfaffen nach dem Festgottesdienst. Von den „Maffen“ der frommen Schiffer ist nichts zu sehen. Sorgt dafür, daß den Schwarzen die Felle davonschwimmen

PROLETARISCHES FEUILLETON

Ein historisches Dokument

Wie Karl und Rosa ermordet wurden

Die „Rote Fahne“ vom 12. Februar 1919 schildert den Mordtag

Von Leo Joghies

Nachdem die Vertuschung des Mordes an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 offensichtlich wurde, hat die Kommunistische Partei (Spartakus-Bund) alles daran gesetzt, durch eigene Nachforschungen als Details des Mordes aufzuklären. Diese Untersuchungen vom Genossen Joghies es geführt, der am 12. Februar in den Spalten der „Roten Fahne“ eine Darstellung des Untersuchungsergebnisses gab, der wir folgendes entnehmen. Bekanntlich wurde Joghies bald danach, am 10. März desselben Jahres auf Befehl des sozialdemokratischen Kriegsministers Moske verhaftet und im Gefängnis ermordet. Man geht nicht fehl, wenn man die Verhaftung und Ermordung Joghies in einen ursächlichen Zusammenhang auch mit der nachfolgenden Verhaftung bringt. Da er einer der genauesten Kenner des Mordes an Karl und Rosa war, hätte Moske und seine Freunde Grund genug, ihn u. a. nach Beschäftigung als unzuverlässigen Zeugen, noch vor der „Gerichtsvorbereitung“ zu verhaften.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind in das Ebenhofel beim Stad der Garbafabrik-Verwaltung eingekerkert worden. Sie waren von der Wilmersdorfer Straße nach unter Führung zweier Mitglieder, Lindner und Mähling, festgenommen worden. Es besteht der dringende Verdacht, daß die Mähling und Lindner Mitarbeiter des Mordplanes gewesen sind...

Rosa Luxemburg wurde schon beim Eintritt ins Hotel beschimpft. Ein Führer des Hofmann hat sich besonders hervorgebracht. Er war es, der zuerst die geplante Tat ankündigte. Er erklärte in der Halle des Hotels: „Den beiden wird heute Abend das Maul gestopft.“

Liebknecht wurde begleitet von dem Kapitänleutnant Horst von Pfugl-Hartung, den Leutnants Stiege, Piepmann, Kitten, Schulze, Heinz von Pfugl-Hartung und dem Jäger zu Pferd Riemens Friedrich. Wie waren schwer bewaffnet, trugen Handgranaten und einschüchterten ihre Wachen, die Liebknecht geleitet wurden.

In derselben Zeit fanden sich Doppelposten vor dem Hotel die Jäger zu Pferde Ränge und Träger. Gegenüber dem Hotel hielt ein Automobil, dessen Führer ein Chauffeur Namens Göttinger war, nebst einem Beifahrer. Diese vier haben die Ausführung der Mordtat besprochen. Sie besprachen, die zwei dürfen nicht lebendig aus dem Hotel. Sie besprachen, man dürfe sie nicht erschließen, das mache zu viel Lärm. Sie besprachen, man müsse sie mit dem Kolben erledigen. Sie besprachen, man müsse das Gewehr entladen, damit beim Aufschlagen kein Schuß losgeht. Sie haben den Mordplan ins einzelne festgelegt...

Karl Liebknecht kam aus dem Hotel. Er wurde nicht durch den Haupteingang am Kurfürstendam geführt, sondern durch einen Nebenausgang in der Kurfürstendamm. Ränge lief nun um das Hotel herum und schlug den schon im Automobil sitzenden Liebknecht zweimal von hinten mit dem Kolben auf den Kopf. Liebknecht sank halb bewußtlos zusammen. Die Offiziere standen und sahen um Liebknecht herum...

Das Auto fuhr weg. Es fuhr nicht den Weg nach Moabit, es fuhr an Reuen See entlang in der Richtung nach der Charlottenburger Chaussee. Wir behaupten, daß vom ersten Augenblick an die Absicht bei den transportierenden Offizieren bestand, Liebknecht zu ermorden, und wir folgten das aus den folgenden Tatsachen: 1. Sie ließen das Automobil ohne wichtigen Grund die Straße nahezu unbefestigten Alweg fahren. 2. Sie haben die Straße erkundet, daß das Automobil unterwegs eine Banne ertönen könne. 3. Daß diese eine Banne ist, ergibt sich daraus, daß das Automobil sofort nach der Erschießung Liebknechts wieder gebrauchsfähig wurde. 4. Diese erlösende Banne trat ein genau in dem Augenblick, in dem das Automobil sich an einem völlig unbefestigten Nebenweg befand, also gerade an dem Punkte, den die Mörder für ihre Tat brauchten. 4. Sie haben die Banne erkundet, Liebknecht haben einen Rückwärtsschlag gemacht. Daß dieser Rückwärtsschlag erlösend ist, ergibt sich daraus, a) daß Liebknecht nach dem ersten schweren Schlag auf den Kopf kaum mehr insinieren war, zu gehen; er war so benommen, daß selbst nur der Gedanke auf die Flucht eine Unmöglichkeit war, in Anbetracht dessen, daß zwei Mann vor, zwei Mann neben und drei Mann hinter Liebknecht gingen, schwer bewaffnet, mit einschüchternden Pistolen und Handgranaten, wie Liebknecht wußte; c) daß jeder, der Liebknecht kannte, wußte, daß er noch nie sich einem Prozeß entzogen und an nichts auf der Welt weniger dachte als an Flucht. 5. Sie haben nach der Tat Liebknechts „unbekannte Leiche“ bei der Rettungssituation eingeliefert, also versucht, die Spuren der Tat zu verwischen.

Zwei proletarische Filme Turfsib

Wüste und Eismeer, dicke Steppen und moogende Getreidefelder, Petroleumquellen und Baumwollpflanzungen, das Rennertier und das Kamel, das bemahlte Fell des Kamaden und das Hochhaus aus Eisenbeton und Glas, die primitivste und die modernste Lebensform — all das umschließt Sowjetrußland. Die taufendfältigen Elemente, dieses Schicksals des Erdballs fügt das Aufbaumer des Fünfjahresplanes zum Ganzen, und auch noch die rüchdändigen Völkerstämme werden lebendige Glieder der sozialistischen Wirtschaft des Sowjetstaates.

Der Film Turfsib, der seit einigen Tagen in Berlin zu sehen ist, ist das grandiosste Dokument dieses Aufbaumer. Turkestan und Sibirien, zwei über 1500 Kilometer getrennte Gebiete der Sowjetunion brauchen einander. Turkestan hat Wassermangel, Sibirien hat Wasserüberschuß, von der nötigen Wasserzufuhr aber hängt es ab, ob die Baumwollfelder Turkestans blühen oder verdorren, ob die Spinnräder der Baumwollfabriken sich drehen oder stillstehen. Und wenn das wenige Wasser des Landes der Baumwolle zugeführt wird, verdorrt das Getreide und umgekehrt. In Sibirien aber wächst Getreide in Fülle. Kommt das Getreide von Sibirien nach dem südlichen Turkestan, dann kann dort Baumwolle wachsen für die Bewohner des Nordens. Zwischen Sibirien und Turkestan fließt die Wüste und das Gebirge, liegen Flüsse und Seen und Stromschnellen. Das garstliche Rußland ließ jedes der Gebiete sein isoliertes Dasein führen, überließ die Völker Transsibien ihren taufendfältigen Kamadenpfeilen. Sowjetrußland aber hat

den Weg von Turkestan nach Sibirien, Sowjetrußland schließt Ingenieure, die das Reich vermessen, das erste Auto durchquert die Wüste, das Gebirge erdröhrt vom sprengenden Dynamit, den Kaspischen überquert eine Brücke. Von Norden und von Süden her schießt sich der Schienenweg vor, die zübe, die planvolle, die begeisterte Menschenarbeit hat das Wunder vollbracht — 1930, in wenigen Monaten, wird Turfsib, die Eisenbahn, die Turkestan und Sibirien verbindet, vollendet sein.

In atemloser Spannung verfolgt der Zuschauer das Werden Turfsibs; der Felsloch zerföhrt, aus den Bäumen der sibirischen Wälder werden Schwellen, auf ihren Steppensperden folgen die Zeltbewohner heran, das Wunderwerk zu betreten, sie versuchen, das Eisenerz im Wetrennen zu überholen und bleiben schließlich ermattet zurück — alle Spielzeuge Westeuropas und Amerikas verfallen in Nichts ihrer Belanglosigkeit gegenüber solchem Erlebnis.

Eine technische und künstlerische Höchstleistung. Turfsib, der erste Aufbaumfilm, der in Asien Europa gezeigt wird, bringt den unüberleglichen Beweis daß das keine zufällige Erfindung ist. In Sowjetrußland, wo es keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten gibt, ist der Arbeiter der Schaffende, der Erbauer der Zukunft. In Sowjetrußland ist nicht nur der Mensch, in Sowjetrußland ist auch die Natur und ihre Produkte, ist der Baum, der in die Tiefe rollt, um Äpfel zu werden, ist die Schiene, die sich in die Ferne reckt, ist das Rad, auf dem die Lokomotive sich fortbewegt, ein Stück lebendiges Leben, ein Teil des proletarischen Aufbaumer, das die erste Gruppe der bewußten Geschäfte der Menschheit darstellt. Darum lebt das Holz und der Stein und das Eisen in dem Film Turfsib.

Berliner Bluttaupe des Betriebsrätegesetzes

42 Tote, 104 Verwundete vor dem Reichstag am 13. Januar 1920

Am 13. Januar 1920 verließen die Berliner Arbeiter die Betriebe, um vor dem Reichstag gegen die Absicht der sozialdemokratischen Minister zu demonstrieren, die durch das „Betriebsrätegesetz“ die revolutionären Mitbestimmungen zu entmanen im Begriff waren. Mit richtigem revolutionären Instinkt wußte sich die Arbeiterklasse gegen diese Gesetzesvorlage, die selbst immer mehr zu einem Instrument der reformistischen Arbeiterselbstverwaltung geworden ist.

In den Mittagsstunden des 13. Januar waren alle Berliner Betriebe stillgelegt, der Generalkrieg war allgemein. Die Betriebsarbeiter strömten, den vom Volksgesund und den revolutionären Arbeiterorganisationen herausgegebenen Parolen entsprechend, vor dem Reichstag, der von einem starken Aufgebot der Sicherheitskräfte umgeben war.

In den Verhandlungen des Reichstages ließen die Sozialdemokraten das Gesetz verbreiten, die Waffe wolle, von Spartakus und der linken WPA, aufgebeht, den Reichstag stürmen und unter den Regierungsoffizieren ein Blutbad anrichten. Das Verhalten der Massen trug die Gerichte Algen, denn sie sind zu einer unbewußten friedlichen Demonstration vor das Reichstagsgebäude gezogen. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Eugen Graf, ein wilder Vorgänger Jörgels, war eben mit den Ministern Moske und Heine entlassen, an der Berliner Arbeiterklasse einen blutigen Verrat vorzunehmen.

In diesem Sinne waren die im und um den Reichstag zusammengedrängten Truppen instruiert. Trotz der mühseligen Disziplin der Menge begann General Kuttwich, der das Kommando über die Truppen führte, mit planmäßigen Provoktionen. Die Soldaten wurden mitten in die Menge dirigiert, wo sie durch ihr brutales Verhalten die Gewehr der Arbeiter herausforderten. Einige besonders arg provozierende Soldaten wurden von den Arbeitern entmannt und etwas umantzt zurückgeschickt. Im allgemeinen verhielt sich jedoch die riesenhafte Mäule nach wie vor ruhig.

Da hatten Offiziere unter den Soldaten die Nachricht zu verbreiten, die Menge hätte einige ihrer Kameraden erschlagen. Kaum war diese Hepparole verbreitet worden, als die Truppen auch schon damit begannen, aus dem Reichstagsgebäude Flammenwerfer und schwere Maschinengewehre herauszuschleppen und sie vor der dichtgedrängten Menge in Stellung zu bringen.

des Hofes herab und schritt durch den Haupteingang. Die hinter ihr ging der Oberleutnant Vogel, der den Transport führen sollte. Vor der Drehtür standen Ränge und Träger. Als sie durch die Drehtür schritt, drehte Ränge das Gewehr um und schlug ihr auf den Kopf. Sie sank um, Ränge schlug ein zweites Mal auf ihren Kopf. Von einem dritten Schläge sah er ab, weil er sie für tot hielt...

Man hob die Leiche in den Wagen, rechts und links ein Mann, dahinter Vogel. Der Wagen fuhr an. Ein Mann sprang noch hinter auf und schlug die schon Leiche noch mit einem harten Gegenstand, etwa einer Pistole, auf den Kopf.

Ränge hat unterwegs der Soldaten dem die Pistole gegen die Schläge gehalten, ihr noch einmal eine Kugel in den Kopf geschickt. Man fuhr mit der Toten zum ersten Landwehrkanal und Zoologischen Garten. Gegen den Landwehrkanal stand eine Gruppe Soldaten. Das Auto hielt, die Soldaten nahmen die Leiche in Empfang... (Die Leiche war bis zu dem Tage, an dem dieser Artikel erschien, noch nicht aufgefunden worden.)

Rosa Luxemburg hatte, als sie leblos in das Auto gezeitet wurde, einen Schuß verloren. Dieser Schuß wurde, von Soldaten im Ebenhofel als Tropfen herangezogen. Die Wundgeheiltheit hat sich am Tage danach photographieren lassen. Der Hauptträger Ränge ist im Mittelpunkt der Photographie.

Das sind festgelegte Tatsachen... Weiter haben Führer Ränge schreit den Himmel. Die Militärgerichte stehen tatenlos. Die Ebert-Scheidemann haben nichts. Sie glauben, man könne verschlafen. Es ist nicht ein Wort vergessen worden, das lauter geschrien hätte. Die Proletarier werden ihr Urteil sprechen über die Mörder und ihre Helfershelfer. Und wir werden weiter reden zum deutlichen Proletariat: „Die Wahrheit heißt Wahrheit!“

Der Messe bemächtigte sich eine ungeheure Empörung. Aus dem Reichstagsgebäude kamen einige bekannte Abgeordnete heraus, um die Offiziere vor den unabsehbaren Folgen dieser Provoktionen zu warnen. Es half aber nichts, die Offiziere hatten auf Veranlassung Moskes und des Polizeipräsidenten Ernst vom General Kuttwich bereits den Befehl erhalten, unter allen Umständen zu schießen.

Nach einigen Minuten begann, ohne vorherige Warnung zum Auseinandergehen, eine wilde Schiere der Soldaten auf die wie eine Mauer in unmittelbarer Nähe bis an den Rand des Reichstages dicht gedrängt stehenden Massen. Geschießend, das Geschick der Maschinengewehre verneigt sich mit den Schreien des Entsetzens und des Schmerzes. In wenigen Minuten konnten die Opfer des Überfalls bereits gezählt werden. Zweihundertvier Arbeiterleiden und einhundertvier schwerverwundete Arbeiter bedeckten den „Platz der Republik“. Was die mildgewordene Soldateska nicht mit dem Galben und Maschinengewehren erreichen konnte, wurde mit Bajonettsangriffen nachgeholt, die in den umliegenden Straßen den ganzen Nachmittags anbauerten, nachdem das Blutbad gegen vier Uhr angehtet war.

Fünf Tage später, am 18. Januar, war im Reichstag das „Betriebsrätegesetz“ aus der Bluttaupe gehoben.

Bücher, die der klassenbewußte Arbeiter liest

Protokoll des 12. Parteitag des KPD. — Internationaler Arbeiterverlag.

Ernst Kuttich: Frucht aus Rußland. Wer wandert aus? — Internationaler Arbeiterverlag.

Schulchow: Der stille Don. Im Verlag für Literatur und Politik. — Groß und reich angelegt: die Geschichte eines Soldatenhofes. Schulchow ist einer der bedeutendsten Dichter der Sowjetunion.

Erich Weine: Gedichte. Im Internationalen Arbeiterverlag. Eine Sammlung der längst populär gewordenen Gedichte Erich Weinerts.

Mutter Krausens Fahrt ins Glück

Der Jille-Film „Mutter Krausens Fahrt ins Glück“, unter Beihilfe des Weddingers proletarischen Malers Otto Nagel hergestellt, ist das erste deutsche Filmdrama, das wirklich das Proletariat etwas angeht. In einem kapitalistischen Staat mit Filmsensur ist ein hundertprozentiges proletarisches-revolutionäres Filmdrama unmöglich. Was hier geleistet wurde trotz Zensur, ist hervorragend, das Proletariat nicht als Staffage wie im bürgerlichen Filmdrama, sondern als Mittelpunkt, als Träger der Handlung das Proletariat in seinen Wohngebieten, in den trostlosen Hinterhöfen, die Kinder auf den Spielplätzen, die Daddelaffen auf den Bänken, die Engländer in Raßhemden und Kneipen.

Das Schicksal einer alten, verarbeiteten Proletarierin, die durch die kapitalistische Gesellschaft erdarmungslos in den Tod getrieben wird. Daneben leuchtet die Welt des proletarischen Kampfes auf. Eine würdige kommunistische Demonstration mit Transparenten und roten Frontmäppchen marschiert auf. Die Tochter der alten Proletarierin reißt sich mit ihrem Freund, einem klassenbewußten Proletarier, zusammen in die rote Front ein.

Zu dem künstlerisch Reinen gehört der Rummelplatz, wie zwischen den fliegenden Karussells die Straßen des Wedding sichtbar werden. Sehr geschickt ist der Rummelplatz naturgetreu mit seiner Rummelplattin gezeigt und dabei gleichzeitig den neidischen Stellung genommen dadurch, daß der klassenbewußte Arbeiter aufsteht, den Kopf schüttelt und hinausgeht.



AUS MITTELDEUTSCHLAND

Rote Reportage

Von Kasimir Sublimer

Im Haag wird wieder mal viel Viech gequastet, Man reißt sich auf Bantletten üppig satt, Viel Körn um nichts ... die Sache ist vermasselt, Die deutschen Männer lieh' herbei Schafmat.

Tischermesserschärfer — für die Unrein-Presse Ist jeder Gauner ein willkommenes Vieh, Puffsch-Weber, mit schraffer Körpergröße, Nimmt für den „Freiheitskämpfer“ gegen Bor.

Der Panzer-Müller zeigt 'ne böse Miene, Die Reichsmehr hat vor ihm nicht präsentiert ... Da tut er nun soviel für die Marine, Und dann wird Reichsjaht nicht mal salutiert.

In Rom Prunkhochzeit mit Trompetensalvatoren, Der Papen-Kuppelch nicht persönlich Glück ... Der Schein trostet in den deutschen Demo-Wästern — Tja, wir sind eine tolle Republik.

Stall-Seipel tritt mal wieder auf die Bühne ... Ständeverfassung — heißt kein neuer Dösch, Ach, das nimmt ihn die schlappe SPD., Sie hat im Duden jetzt schon viel Routine.

Gemeindevorsteher als Weisheitsfächer

Wegen Weisheitsfächerungen fand der Gemeindevorsteher Puh aus Hundelst (Kreis Gerbich) vor dem Schöffengericht. Er hat innerhalb eines halben Jahres nicht weniger als hundert Weisheit gefächelt, die eine Gesamtsomme von etwa 20000 Mark ausmachten. Der Grund, der den Weisheiten zu den Fächerungen brachte, waren Schulden durch Bauern. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis. Der Weisheitsfächer wurde vorläufig aus der Haft entlassen, bis der Zwangsverwalter seines Mühlengrundstückes erledigt ist und er seine privaten Verhältnisse in Ordnung gebracht hat.

Die Helmstedter Glashütte nimmt ihren Betrieb wieder auf

Die vor einigen Jahren stillgelegte Glashütte wird unter der Leitung des Direktors Ernst G. a. n. g. am 15. Januar ihren Betrieb wieder aufnehmen. Die Stilllegung erfolgte, da das Werk infolge veralteter Arbeitsweise unproduktiv arbeitete. — Das heißt also, es ist burokratisiert, so daß mit einer unerhörten Ausbeutung in dem Betriebe zu rechnen ist!

Maschinen durch Feuer vernichtet

In Karz, Bezirk Magdeburg, brach in der Nacht zum Sonntag in der Scheune des Rittergutsbesizers G. in die Feuer aus, dem eine Menge Antennenteile und Maschinen, darunter zwei Dreschmaschinen, zum Opfer fielen. In der Scheune, die verpackt ist, waren ferner zwei fremde Dampfflugmaschinen untergestellt, die ebenfalls verbrannten.

50 000 Mark unterschlagen

In Nordhausen ist der Bürovorsteher Müller des hiesigen Rechtsanwaltes und Notars Beck wegen umfangreicher Unterschlagungen verhaftet worden, die 50 000 Mark betragen dürften. Müller hat jahrelang Mandantenbeider unterschlagen, Briefe abgefangen, Schecks gefälscht und Extrahorizonte bezogen. In einem Falle hat Müller als Bevollmächtigter in Seringen 8000 Mark kassiert und unterschlagen. Er hat nur deshalb keine großen Verurteilungen zu lange durchzuführen können, weil er das unbedingte Vertrauen des Anwaltes besaß, der, selbst als ihm Vergehungen Müllers bekannt wurden, diese deckte. Wie weit noch andere Personen in die Affäre verwickelt sind, wird die Untersuchung zeigen.

Ein schwerer Junge

Das Große Schöffengericht in Gera verurteilte am Sonnabend den mit acht Jahren Zuchthaus vorkonfirmierten 34 Jahre alten Elektrotechniker Max B. a. m. a. n. zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, seinen Bruder, der ebenfalls vorbestraft 23 Jahre alten landwirtschaftlichen Arbeiter K. r. o. B. a. m. a. n., zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Beide sind aus Gera. Jünger wurden allein 48 Einbrüche nachgewiesen, die sie im September und Oktober 1929 im Süden Geras bis zur bairischen Grenze und bis Plauen, Eisenfod und Schleiz verübt hatten.

Ein Gefängnis geschlossen — eins eröffnet

Das Amtsgerichtsgefängnis Kranzenhausen ist durch Verlegung des hiesigen Zuchthaus 10. Januar geschlossen worden. An seine Stelle tritt das Bezirksgefängnis Sondershausen. Das neue ist wohl größer, um all die Bedauernswerten unterzubringen, die die wachsende Not in die Schlingen des Gesetzes treibt?

Er kahl nicht bei den Armen

Bei einem Einbruch in eine Wohnung am Staatsbürgerplatz in Magdeburg machten die Diebe, die unerkannt entkommen sind, gute Beute. Es fielen ihnen u. a. in die Hände: ein goldene Halskette, fünf goldene Armbränder, davon eins mit Brillanten, zwei goldene Ringe, zwei goldene Bräutigam und drei Granatbrochen. Ein zweiter Einbruch wurde in der Otto-von-Guerike-Straße gemacht. Dort fielen den Dieben u. a. goldene Uhren und Gold und Silbermünzen in die Hände.

Stadtverordnetenversammlung Wihersleben

Die erste Stadtverordnetenversammlung von Wihersleben im neuen Jahr beschäftigte sich in der Hauptfrage mit der Wahl der unabhängigen Stadträte. Bürgerliche und Sozialdemokraten erhielten je drei Sitze. Die sich nichtig herausstellte, daß noch ein scheidender Sitz zu vergeben war, entschied das Los, das der Stadtverordnetenversammlung (Soz.) zog. Der lebende Sitz fiel den Bürgerlichen zu.

Mitteldeutsche Handwerktagung. Laut Beschluß des Gesamtvorstandes des Mitteldeutschen Handwerkersbundes soll der 10. Mitteldeutsche Handwerktag in Stendal abgehalten werden.

Provinziallandtag der Young-Plan-Politik

97 Vertreter der Ausbeuterpolitik gegen 16 Arbeitervertreter — Nur Wahlen und Postenverteilung Nichts für die Armen!

Am 17. und 18. Januar 1930 wird der neu gewählte Provinziallandtag der Provinz Sachsen zu einer zehntägigen Tagung zusammengetreten, die sich nur mit Konstituierungssachen beschäftigen soll. Die schweren Note, die die wertigste Bevölkerung infolge der riesenhaften Arbeitslosigkeit zu ertragen hat, werden das „hohe Gaus“ wenig kümmern.

Wie ist die politische Zusammensetzung?
Einem Sammelstadium der 97 bürgerlichen Abgeordneten steht die 16 Mann starke kommunistische Fraktion gegenüber. Betriebsarbeiter und Betriebsleiterinnen, die in harter Ironie tagtäglich die fanatische Ausbeutung am eigenen Leibe verspüren, Reichsgenossen, die als gute kommunistische Funktionäre ihren Mann in den Betrieben und Gewerkschaften, K. P. und den Massenorganisationen stehen. Die Fraktion wird im Provinziallandtag unbehindert und treulich die Forderungen der revolutionären Arbeiter vertreten. Sie wird eine der Massen verständliche Sprache führen und sich nur auf das Vertrauen und Versehen ihrer Wähler stützen.

Die S. P. D. wird in den Provinziallandtag mit 37 Abgeordneten einziehen. Unter diesen 37 Abgeordneten befinden sich sieben Arbeiter und untere Angestellte, während die anderen 30 Abgeordneten durch Landwirte, Oberbürgermeister, Werksdirektoren, Schulräte, Lehrer usw. gestellt werden. Bei der notorischen Sucht, die Interessen der Arbeiterviertel mit Füßen zu treten, wird man von den Herren Landwirten, Direktoren usw. nichts für die notleidende Arbeiterviertel erwarten können.

Die Demokraten, genannt Fraktion „Drohgebiss“, werden mit 5 Abgeordneten, die sich aus Professor, Landrat, Bankdirektor, Bürgermeister und Zweierverbandsvorsteher zusammensetzen, vertreten sein.

Auch die Zentrumspartei zieht mit 5 Abgeordneten ein, die ihre Abgeordneten ebenfalls nicht aus dem Kreise der Arbeiter genommen hat.

Vertreten sind die „Reichspartei des deutschen Mittelstandes“, deren Anhänger immer noch in dem Wahn befangen sind, durch Gründung von selbständigen Organisationen ihren Stand vor dem Untergange zu retten. Die acht kleinen Bädermeister, Landwirte, Lehrer und Gelehrte werden früher oder später zur Einheit kommen müssen, daß sie an die Seite des Proletariats gedrängt werden.

Ein neuer Stern am politischen Horizont des Provinziallandtages ist die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“. Sieben Nazi-Abgeordnete wurden in der Provinz Sachsen von Mittelständlern, Landwirten und zum Teil auch von verzerrten Proletariaten in dieses Haus geschickt. Die Hoffnungen ihrer Wähler werden diese politischen Charlatane und Gaukler sehr schnell zunichte machen, denn die Nazis sind die treuesten Verbündeten der Schwerindustrie. Sie haben die Pflicht, sich ihren Geldehemm mützig zu erwehren.

Die Partei der Schwerindustrie, genannt „Deutsche Volkspartei“, wird mit zehn Sitzen den Provinziallandtag zieren. Bergwerksdirektor Keil wird seinem Scheiß, den er im vorigen Landtage gegenüber den Erwerbslosen zeigte, die seinem Anspruch nach, so faul seien, neuen Glanz verleihen können. Die „Nationalsozialistische Volkspartei“, Landbund und Christlichsozialistische Bauern- und Handwerkerpartei sind im Provinziallandtag mit 25 Abgeordneten vertreten. Obgleich sie im Wahlkampf getrennt aufgetreten sind, sind es Brüder mit gleichen Kappen. Ein Wählerarbeit hier die Fraktion. Alle Wägen (schonmalige Minister, Landräte, Oberbürgermeister, Großgrundbesitzer, Generaldirektoren, Handwerksmeister) sind vom großen Reich, Wir nennen nur die Dr. Schiele (Naumburg), Dr. Aine (Salle), Dr. Gerdecke (Lengau-Pfelle) ... alles hochreaktionäre Monarchisten.

Welche großen Aufgaben haben der kommunistischen Fraktion?
Die ungeheure Arbeitslosigkeit veranlaßt die Fraktion, sofort wieder das Arbeitslosenproblem in den Vordergrund zu stellen. Dank hoch der Provinzialtagung nicht an Hilfe für die Armen!

Die kommunistische Fraktion hätte im vergangenen Landtag ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt. Das hätte sich nur den Bau des Gütergleises des Mittelstandes, Flugregulierungen der Elster, Lappe, Mulde, Saale und andere mehr, verstärkten Ausbau und Verbesserung von Straßen der Provinz Sachsen, Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms in der Provinz Sachsen usw.

Dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm ist heute noch aktueller und dringlicher als je zuvor.

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet der Fraktion ist die Gesundheitsfürsorge, Jugendpflege, Schutz für Mutter und Kind, Fürsorge für Kriegs-, Sozial- und Kleinrentner. Auch hier werden unsere Forderungen wiederum präzisiert im Kampfe gegen das Programm der Schwerindustrie und ihrer Regierung.

Bekämpfung der Tuberkulose, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Errichtung eines Provinzial-Tuberkulosekrankenhauses, Kampf gegen §§ 218 und 219, Errichtung von Mütterheimen und Kinderheimen, Errichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen, Verbenkung der Fürsorgeerziehung in der Provinz Sachsen, Errichtung eines Alters- und Pflegeheimes.

Das sind die wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben, für welche die kommunistische Fraktion im Provinziallandtag kämpft und die Arbeiterschaft mobilisiert.

Da die Provinz Sachsen maßgebenden Einfluß auf die Elektrizitätsversorgung ausübt, werden die kommunistischen Abgeordneten eintreten für Senkung der Tarife für die wertigste Be-

Es geht weiter vorwärts

Massenzustrom zur Partei

In Fortsetzung unserer Berichterstattung über die Neuaufnahmen in die kommunistische Partei können wir heute folgender erfreulicher Ergebnisse mitteilen:

Mühlberg a. d. Elbe	20 Neuaufnahmen
Eisdorf	9 Neuaufnahmen (darunter 8 Frauen)
Wöhrich bei Zerbis (neue Gruppe)	24 Neuaufnahmen
Belle Erudner bei Köblingen	8 Neuaufnahmen
Frederichshausen	2 Neuaufnahmen
Canena	23 Neuaufnahmen

Die 23 Neuaufnahmen in Canena wurden in einer kurz gehaltenen Erwerbslosenversammlung auf einen Schlag gemacht. Die 9 Mitglieder in Eisdorf wurden von einem Genossen gewonnen. Weiter Genossen! Es darf kein Erlassen in der Vorbereitung geben. Die Partei des Proletariats braucht neue Kämpfer.

Der Antrag auf Einführung des Achtstundentages für alle in der Provinz Sachsen Beschäftigten wird wiederum der Prüfung sein für alle diejenigen Sozialisten, die bei jeder Gelegenheit von Fürsorge und Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen sprechen.

Zur Wahl des Landeshauptmanns ist noch zu erwähnen, daß Dr. Hilborn auf die Zeit von sechs Jahren gewählt war. Er hat sich als ein außerordentlich freiberuflicher Bürokrat und Vertreter der Interessen der Bourgeoisie gezeigt. Persönlich hat er beständig darauf hingewirkt, möglichst auf Lebenszeit eine so feste Pirinde zu behalten. Die Rechte bis zu den Sozialdemokraten wird ihn auf zwölf Jahre wiederwählen. Für die kommunistische Fraktion kommt nur ein Vertreter der Arbeiterviertel in Frage, der durch seine politische Tätigkeit bewiesen hat, daß er die enge Fühlung mit den revolutionären Proletariat hat.

Die Fronten im Provinziallandtag sind klar und eindeutig: 97 bürgerliche Abgeordnete gegen 16 Arbeitervertreter.

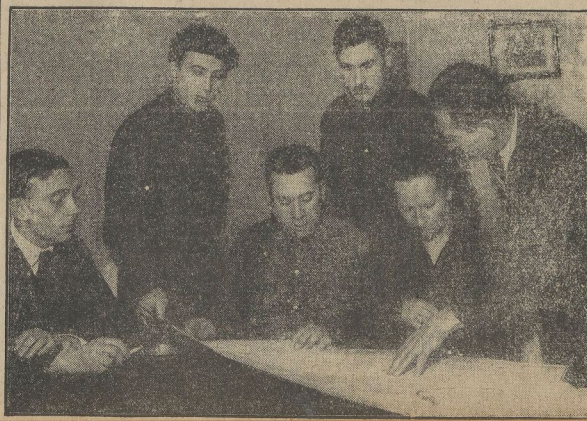
Schwer ist der Kampf, den die Kommunisten zu führen haben. Sie werden diesen Kampf zu führen wissen mit Klarheit, höchstentwickelter Energie und revolutionärer Kühnheit.

Die Großen dieses bürgerlichen Parlaments werden aber für die Arbeiterviertel gleich Null sein, denn nur der Massenruhr erzwingt, was die Massen brauchen und nur eine revolutionäre Regierung der Arbeiter und armen Bauern, nur eine kommunale Verwaltung durch Sowjets erfüllen die Bedürfnisse und Forderungen der wertigsten Massen.

Die Mobilisierung des Massen, besonders der Erwerbslosen zum Kampfe um ihre Forderungen und Interessen gegen die Mehrheitspartei im Provinziallandtag muß daher in den nächsten Tagen außerordentlich gesteigert werden. Auch hier handelt es sich um einen Teilkampf gegen die Young-Plan-Politik des Trustkapitals.

Arbeiter kontrollieren die Regierung

Bekanntlich legen alle Volkskommissariate (Ministerien) der Sowjetunion den Arbeitervereinigungen in den Fabriken regelmäßige Tätigkeitsberichte vor. Dieser Tage unterforschte eine aus 40 Arbeitern der Moskauer Textilfabrik „Rote Rosa“ (Luzenburger) bestehende Delegation die Arbeit des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten. Auf dem Tisch sieht man einen Leiter der juristischen Abteilung des Kommissariats die Teilnehmer der Delegation mit Originalen der mit anderen Staaten abgeschlossenen Verträge bekannt machen.



Hohn statt Brot für die holländischen Erwerbslosen

Ablehnung der Erwerbslosenforderungen und aller kommunistischen Anträge unter dem Schutze lächelnder Polizeifolaten — Räuberkonkordanz von den Nazis bis zu den Sozialfaschisten

Die erste Sitzung des Hungerparlamentes

Bad einen ganzen Monat haben die Dringlichkeitsanträge der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion in den Akten des reaktionären Magistrats der Stadt Halle gelegen. Inzwischen hatte sich die Zahl der Erwerbslosen, in deren Interesse die Kommunisten schon am 16. Dezember Unterhaltungsmaßnahmen forderten, um annähernd 1000 erhöht. Das Massenelend in Halle wird von Tag zu Tag größer.

Das alles ließ den reaktionären Magistrat „falsch“ unter dem Beifall der Reaktion und der Sozialfaschisten beschließen dieser Magistrat die fortwährende Inanspruchnahme der ersten Stadtverordnetenfraktion mit einem angestrichelten Verlesen der kommunistischen Fraktion. Dieser „Begründung“ wurde von uns schon wiederholt als ein unerbittliches Täuschungsmanöver gegenüber den holländischen Werkschleppern abgelehnt.

Dieses Täuschungsmanöver wurde auch in der gestrigen ersten Stadtverordnetenversammlung in einer Erklärung der kommunistischen Fraktion, die wir im politischen Teile des „Klassenkampf“ veröffentlichten, angeprangert.

Daß es der Reaktion und auch den Sozialfaschisten, die sie gemeinsam in den Fußstapfen des heillosen Finanzbürokraten Scheffelt in nachstehender, in Wirklichkeit darauf ankommt, die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie die holländischen Arbeiter um ihre dringend notwendigen Winterbedürfnisse zu bringen, bewies der Verlauf der nunmehr gefestigten fraktionellen ersten Stadtverordnetenversammlung. Diese Sitzung stand von Anfang bis zu Ende im Zeichen der großen Konkordanz von den Nazis bis zu den Sozialfaschisten.

Angesichts der zu vielen Tausenden in den Straßen aufmarschierten Erwerbslosen und Betriebsarbeiter wagt diese gefüllte Front der Arbeiterstände nicht, die von den Kommunisten auch gefordert wieder als Dringlichkeitsanträge vorgelegten Forderungen abzusehen. Dafür fürchten sie aber neue Mäander durch, um die Notleidenden zu prellen zu können. Von der sozialfaschistischen Kongregation bis zu den nationalsozialistischen Abstrichern der Traubroscheite reichten sie „eigene Anträge“ ein, die nichts als eine frische Verhöhnung der Erwerbslosen sind. Allen ihren Anträgen lag man die Herkunft schon an der Beiseitendheit der geforderten Summen an. Von Holzentwiler Thurnowitsch bis zum Hauptling der sozialfaschistischen Stadtverordneten, Peters, sagten sie das Klagenlos von der „Deckung“, um sich auf diese Weise und Teile um die Forderungsbürokratie zur Waffemacht der holländischen Werkschleppern zu können.

Doch auch das machte ihnen die kommunistische Fraktion unmöglich. Sie wies förmlich unzulässige Deckungsmöglichkeiten nach, wobei sie immer wieder die Heranziehung des Vermögens forderte.

Der entscheidende Vorstoß der kommunistischen Stadtverordneten, die auch als einzige die wahren Ursachen des Massenelends aufzeigten, bestand in der Einreichung eines Dringlichkeitsantrages, worin der holländische Magistrat aufgefordert wird, bei den entsprechenden Behörden dafür zu sorgen, daß in der holländischen Metallindustrie der Eisenhandlung, die fünfmalige und das Vierfache des Lohnes bei vollem Lohnausgleich und einer Lohnsteigerung von 30 Prozent eingeführt wird. Dieser Antrag war gewissermaßen ein Prüfstein für das von den sozialfaschistischen und nationalsozialistischen Stadtverordneten gebrauchte „soziale Empfinden“.

Die Heuchler wurden entlarvt! Sie stimmten reiflos gegen diesen kommunistischen Antrag.

Immer wieder wurden gegen die Vorzüge der kommunistischen Fraktion aberwärtliche Terrormaßnahmen angewandt. Der mit Hilfe der Sozialfaschisten geführte erste Stadtverordnetenvorstoß neuerdings soll haben die reaktionäre Büchse zerplatzen lassen. Die kommunistische Fraktion „mit berlesenen Umficht wie bisher“, wie er von sich selbst sagte.

Die kommunistische Fraktion ließ sich aber auch durch diesen Terror nicht von der Interessensvertretung der in den Straßen der Stadt aufmarschierten Erwerbslosen und Betriebsarbeiter abhalten. Die in enger Verbundenheit mit vielen Tausenden stehende kommunistische Fraktion lagte der Reaktion und ihren sozialfaschistischen Partnern schon in dieser ersten Sitzung den allerhöchsten Kampf an, von dem sie sich weder durch den Terror im Stadthaus, noch durch den Polizeiterror auf der Straße abhalten lassen wird.

Sitzungsbericht

Wichtig zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetenversammlung setzte sich die Mitgliedschaft von den Nazis bis zur sozialdemokratischen Fraktion. Bei der Wahl des Stadtverordnetenvorstandes und seines Stellvertreters gaben nämlich die sozialdemokratischen Stadtverordneten keine Stimme ab und befanden damit die Fülle (vorher abgelehntes) Einverständnis mit der Lehrtätigkeit der Geschäfte durch den reaktionären Schulrat Basse und seinen Kommissar Bachel von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Obwohl beide bekanntlich vor einiger Zeit von Volkshilfen und Wagnis getrennt wurde, führte er sich selbst der Vertiefung der sozialfaschistischen Fraktion der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion gab dem Genossen Günther bei der Wahl des Vorsitzenden und der Stellvertreters ihre 16 Stimmen.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft und die Nationalsozialisten besetzten die Unterbringung der sozialfaschistischen Kongregation mit der Wahl von Helmut B. Müller (SPD.) zum Schriftführer.

Die kommunistische Fraktion schenkte hierfür die Genossen Hilke Lehmann und Helmut Müller wurde mit 33 Stimmen gewählt. Ein Mitglied der bürgerlichen Sozialfraktion hatte die Zustimmung verweigert, weshalb er von seinen Fraktionskollegen schwer gerügt wurde. Als Stellvertretenden Schriftführer wählte die Reaktionsfront mit 39 Stimmen Hofmann. Die kommunistischen Stadtverordneten stimmten auch hierbei für die Genossen Hilke Lehmann und Helmut Müller.

Nach der Wahl des Vize forderte die kommunistische Fraktion das Wort zu einer Erklärung, und der kommunistische Stadtverordnete Genosse G. G. wurde als erster das Wort, um zur Erwerbslosenfrage zu sprechen. In einer gefühlvollsten Erklärung, die wir auf der ersten Sitzung des Hungerparlamentes veröffentlichten, wies er die gegen die kommunistische Fraktion geführte Hege entgegen.

tion und von den Tribünenbesuchern mit starkem Beifall aufgenommen. Schon nach diesem ersten Auftreten eines Kommunisten hielt es Basse für notwendig, die kommunistische Fraktion auf den „guten Ton“ zu verweisen und ätzerte gleich ein helles Lachen von Ausdrücken, die nicht der Würde des Hauses entsprächen.

Der Magistrat wachte nicht mit einer Geste, auf diese kommunistische Erklärung, in der sein Täuschungsmanöver entschieden zurückgewiesen wurde, zu antworten. Als der reaktionäre Stadtverordnetenvorsteher Basse nunmehr eifrig schlossen wollte, daß zur Behandlung nichts mehr vorliegt, als die Wahl der unbedeutenden Stadträte, half die kommunistische Fraktion diesem Mangel einer weiteren Tagesordnung ab und reichte ihre schon am 16. Dezember gestellten Anträge erneut als Dringlichkeitsanträge ein.

Ehe in die Behandlung dieser Anträge eingetreten wurde, erfolgte die Wahl der unbedeutenden Stadträte.

Hierzu gingen drei Vorschläge ein: der Wahlvorschlagn der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, mit dem Reaktionsorgan B. G. an der Spitze, 23 Stimmen. Der Wahlvorschlagn der kommunistischen Partei mit dem Spitzenanführer Otto Härtel vereinigte die 16 Stimmen der kommunistischen Stadtverordneten auf sich. Der sozialdemokratische Wahlvorschlagn mit dem Namen Reimann begann erhielt nur acht Stimmen. Schließlich stellte sich heraus, daß der sozialdemokratische Vorschlag die Wahl des Wahlvorschlagns zu beschließen, einfach eine drei verneinte. Nach Abschluß der Wahlhandlung hat er offensichtlich um Anerkennung seiner Stimme für den Wahlvorschlagn Reimann.

Dem kam Basse schließlich auch nach und die Stimme Basse's wurde für gültig erklärt, lediglich weil der kommunistischen Fraktion fünf extra, fiktiven 16 Stadträte angepfropft werden mußten.

Bei der Wahl der Stadträte gab die Nationalsozialisten ihre Präferenz ab, indem sie die vielschichtige Erklärung lasen, daß sie ihre Stimmen dem Bürgerklub geben wollten, um den marxistischen Einfluß zu brechen. Die kommunistischen Stadtverordneten kennzeichneten die Nazis daraufhin als Abstrichern der Traubroscheite. Als solche zeigten sich die Nazis schließlich auch bei der

Behandlung der Erwerbslosenanträge

Die kommunistische Fraktion hatte zu den im „Klassenkampf“ bereits veröffentlichten Anträgen die Ausgestaltung einer Winterbeihilfe von

- 30 Mark für ledige Erwerbslose,
- 50 Mark für Familienverdiener,
- und 100 Mark für jedes Kind

verlangt. Angesichts der in den Straßen der Stadt laut protestierenden Erwerbslosenmengen hatten auch alle anderen Fraktionen hochherliche Anträge eingereicht. Die Nationalsozialisten ließen ihren Redner aussprechen, daß sie nur deshalb für die Verwirklichung ihrer Unterbringung sind, um nicht „Hölle zu sein“ zu schaffen. Damit behaupteten sie also ausdrücklich, daß sie nur unter dem Druck der Erwerbslosen selbst „soziale Mittelteil“ besäßen. Sie beschränkten sich auf die Forderung von 25 Mark für jeden Erwerbslosen und für jedes Kind 5 Mark. Dabei erlaubten sie sich eine frische Verhöhnung der Erwerbslosen.

Wenn der Junggenosse von der Nazi-Gruppe erklärte, daß man den Erwerbslosen oder Gefährliche anhängen solle, weil die Arbeiter das Geld schließlich doch nur wieder verlaufen würden.

Zur Deduktionsfrage äußerte sich dieser Nationalsozialist nachgehend, daß man den Teil des Volkes heranziehen solle, dem es noch „lebensfähig“ sei. Er verneinte es also vollkommen, die Heranziehung des verstrickten Kapitals zu fordern, als dessen Schutzgruppe sich die Nationalsozialisten auch in dieser Stadtverordnetenversammlung zeigten.

Selbstredend behauptete, die sozialdemokratischen Stadtverordneten, hierüber ein Musterbeispiel für „Ehrlichkeit“ und begnügen sich mit der Forderung von 10 Mark für die Erwerbslosen und von 15 Mark für deren Kinder. Als den Sozialdemokraten das Wort zur Begründung ihres Antrages gegeben wurde, dauerte es verhältnismäßig lange, ehe sich Peters meldete, um eine befriedigende Forderung zu begründen. Diese „Begründung“ bestand darin, daß sich auch in nichts anderem als in einer schändlichen Verleumdung von den widerwärtigen Zuschauern der kommunistischen Fraktion und gegen die Protestrufe, die diesem geschwiegenen Sozialfaschisten von der Tribüne entgegengeäußert wurden. Einen Triumph glaubte Peters, der sich wie ein Söldner aufstellte, mit dem er sich in die richtigen Sozialfaschisten auszusprechen für die ihm die Knechtungen von Peters wurden von den Mitgliedern der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft mit wühligem Schmunzeln begleitet. Die holländischen letzten Bürger und ihre sozialdemokratischen Gefolgsleute lachten sich aber bald, als der kommunistische Stadtverordnete Genosse Paul Müller, der selbst das Ros der Erwerbslosen teilte,

die Feigheit der Reaktionäre und der Sozialfaschisten vor den Massen der Erwerbslosen anprangerte. Besonders scharf Vernehmung hielt er mit dem „Volkswort“, das die Erwerbslosen beunruhigt in schmerzlichen Gesinnungen als Rabatantinnen zu bezeichnen wagt. Wabam begründete er die schon bekannten Wünsche der kommunistischen Fraktion, die lediglich den Forderungen der Erwerbslosen entsprechen. Gleichzeitig erbot er die Forderung auf Zurückziehung der Japar von auswärts nach Halle gehalten Polizeimannschaften, die inzwischen in den Straßen der Stadt Jagd auf die Arbeiter machten.

Von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft prägte der Rechtsanwalt Dr. P. H. die Idee von der „Druckempfindlichkeit“, was ihm angehängt der den Gummistempel und den Säbel schwingenden Sozialdemokraten nicht schwer fiel. Druckempfindlichkeit, — das heißt für die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft: Niederstimmung der nach Brot strebenden Erwerbslosen, die die Reaktion unter lauten Protesten der Tribünenbesucher auf das „Güßorgant vertriebe. Manneke kam unter

Genosse Hilke zum Wort

der die Unerschämtheit Brandmanne, mit der der Reaktionär Hilke sowohl die sozialfaschistische Partei als auch die Sozialdemokraten gepöbeln hatte. Er mislegte den von Peters verbreiteten Schwindel gegen die Sozialisten, auf den wir noch besonders zurückkommen werden. Den immer wieder nach „Deckung“ strebenden Reaktionären und Sozialdemokraten kopfte Genosse Hilke mit dem Hinweis das Maul, daß Japar für solche Mäander, wie für die Verletzung des Bismarck-Denkmal, 25 000 Mark hinausgeworfen wurden.

Genosse Otto Härtel

Befähigte sich alsdann eingehend mit den unumglichen Mitteln, von den dieser geintem Koalitionstron zur „Überwindung der Notlage der Erwerbslosen“ angeordnet wurden. Besonders die Sozialdemokraten entlarvte er mit dem Hinweis auf die von ihnen geführte Reichspolitik als elende Heuchler und Demagogengeführte Reichspolitik er die unter „gütiger Mitteil“ der sozialdemokratischen Direktors der Werks-A. G. Schamburg ausgehenden neuen Pläne zur Bekämpfung der wertlosen Massen von Halle, die wir in unserer gestrigen Zeitungsausgabe mit dem Sozialpolitik Haregele haben. Bei der Feststellung, daß die Sozialdemokraten nur daran dächten, den des Bürgerelends und an Sand schreibenden Materials Bürgerblödmute getroffen auf. Die Feststellung des Stadtrats Hilke, daß die Forderungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten als „falsch“ seien, wurde von den kommunistischen Stadtverordneten als „falsch“ erklärt. Wenn die kapitalistischen Genossen die Forderungen der sozialdemokratischen Anträge angelehnt werden würden, so würde es schließlich noch so weit kommen, daß auch über Halle die Finanzminister erwidert werden müßte. Die Arbeiter Bemerkung beabsichtigte Japar Bekämpfung offenbar, die Erwerbslosen und Sozialdemokraten in ihren Forderungen gegen die Erwerbslosen und so zu befahren.

Der kommunistische Stadtverordnete Genosse Grad entwarf das Bild einer neuen, in der er die sozialen Ursachen des Erwerbslosens aufzeigte und an Sand schreibenden Materials in einem neuen Massenelend nachwie. In Verbindung mit diesen Ausführungen begründete er den anderen Stelle veröffentlichten kommunistischen Dringlichkeitsantrag und gelobte die Fortsetzung des Kampfes gegen das Massenelend in den Betrieben und auf der Straße. Besonders behandelte er das Ros der Ungeheuer, die bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge verurteilte Sozialdemokratische Wille den Trif, erst über die Anträge der Nazis abstimmen zu lassen, was ihm jedoch verweigert wurde.

Die in dem Antrag der kommunistischen Fraktion zum Ausdruck kommenden Forderungen der Erwerbslosen wurden schließlich von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialfaschisten abgelehnt.

Die Tribünenbesucher drangen daraufhin in laute Protestrufe aus, er wies ab Basse mit der Klammung der Tribünen drohte, was er schließlich der ungeheueren Enttäuerung aber schließlich sich ließ. Auch die für die holländischen Arbeiter geordnete Winterbeihilfe wurde von den Koalitionstrüben abgelehnt. Die kommunistische Fraktion stimmte nach Ablehnung ihres eigenen Antrages gegen die Anträge der anderen, um diesen nicht die Möglichkeit zu geben, eine demagogische Hege gegen die kommunistische Stadtverordnetenfraktion zu führen.

Bei all diesen Anträgen wurde schließlich der der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft angenommen, bezugslos 200 000 Mark zur Aufnahme von Stoffarbeiten bereitgestellt werden sollen. Der Antrag der SPD-Fraktion, der die Forderungen der Sozialdemokraten enthielt, wurde von Genossen W. B. in einer ausführlichen Rede behandelt, aber dann doch von der Koalitionstrüben abgelehnt. Der Antrag der Kommunisten gegen den kommunistischen Plan, das Finanzprogramm und gegen Seerichtig Kommunistengesetz wurde von Abstimmung gebracht. Der schon vorhergesagt ganz einfach nicht zu realisieren gegen die Sozialfaschisten erklarten Antrag der Kommunisten gegen die Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten abgemittelt, womit die Nationalsozialisten als auch die Sozialfaschisten befristigt haben, daß sie die schmutzige Rolle von Laubhirschen der Lohnhölle spielen.

Die Kommunisten werden beunruhigt und an allen Stempelfellen zum revolutionären Klassenkampf mobilisieren.

Überfüllte Erwerbslosenversammlung

Die für gestern nachmittag einberufene Erwerbslosenversammlung wurde von einem lauten Beifall auf. Saal und Galerien des „Volkspark“ waren überfüllt. Die Massenbeteiligung der Erwerbslosen an dieser Versammlung beweist, nach hohem Interesse die Erwerbslosen an den von der kommunistischen Fraktion und der Nationalsozialisten erhobenen Forderungen. In dieser Versammlung sind einmal fünf behandelt. Wabam sprach ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter, der auch dem Sozialistischen Ausschuss angehört, über die Ursachen der fortgesetzten Massenelendungen.

Er machte den Erwerbslosen an Hand schmerzlicher Beispiele klar, daß die bürgerliche Gesellschaftsordnung keineswegs an der Bekämpfung ihrer Lebenslage interessiert ist. Überall werden die Erwerbslosen mit 25 000 — mit 100 000 — in den Wagnis des Tariffs der Metallarbeiter unter allen Umständen fortwährend zu leben und sich nicht für Streikbrochendienste lösen zu lassen, befanden die in den Tausenden existierenden Erwerbslosen durch spontanen Beifall, daß sie das für selbstverständlich hatten.

Mit dem Appell, die Vorzüge der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion durch eine massenhafte Demonstration zu unterstützen, schloß der Redner seine Ausführungen, an die sich eine lebhaft diskussion anschloß. Als in deren Verlauf der Vorkauf der

der Reaktion hintergegangen ist, den Bericht unternahm, wieder einmal eine seiner bekannten Galerien zu geben, wabam er von dem empirischen Erwerbslosen Kenntniserhalt und nach Berücksichtigung eines Dutzendfalls hinausgeworfen.

In der Diskussion gaben die Erwerbslosen besonders ihre großen Empörung über die an ihnen verübten Polizeiprozessionen Ausdruck.

Nach Schluß der in prächtiger Kampfmitteln verlaufenden Massenversammlung, über die wir in der nächsten Nummer berichten werden, ging es nach dem Hallmarkt. Immer wieder durchdrang der Ruf der demonstrierenden Massen die Straßen: „Wir wollen Arbeit und Brot!“

Polizeiterror bis in die frühe Nacht hinein

In der Zeit von 23 bis 1.25 Uhr wurde von der Stapp in dem durch Talamm, Dr. Kitzlar, und Droschkauffrage herangezogen Viertel sowie im Glauchaer Viertel eine Razzia auf Arbeiter abgehalten. Hierbei wurden insgesamt 37 männliche und 2 weibliche Personen festgenommen.

Gefundene Sachen

Auf dem Hallmarkt sind noch folgende Gegenstände gefunden worden: 1 dunkelblauer Mantel, 1 Jagdmantel, 1 brauner Mantel, 1 brauner Mantel, 1 Schürzenzeug, 1 Schürzenzeug und drei Mützen. Abzuholen in der Produktion, Zimmer 5.

Möbel jeder Art - Zahlungsvereinfachung G. Schaible Grobe Mästerstraße 26

Werkzeuge Eisenwaren, Haushaltungsartikel, Gartenereise Georg Temme

Lohau & Baasch Torstraße 50, 2. Hof Bau- und Möbelfabrik

Herrn- und Jünglingskleidung auf Teilzahlung Halle a. S. Franz Mettner, G. m. b. H. Merseburger

R. Kutschbach, Inh.: Marie Kutschbach Damen- und Herren-Feiler - Salon

Hallischer Kohlenhof G. m. b. H., Halle Delthdler Str. 81

Hallesche Beerdigungsanstalt „Pietät“ Inh.: M. Burek

Gute Romane leben im „Klassenkampf“

Für Händler und Weberverkäufer empfehlen: Stickgarn, bekannte Marken

Verlangen Sie Held-Margarine

4- u. 6-eckige Drahtgellechte

Referiert 6

Drucksachen

Nur für Wiederverkäufer empfehlen

Fremd & Müller Leipzig Str. 54

Kunst färbt, reinigt am besten u. billigsten

C. Müllers Ww. & Sohn, Halle (Saale)

W. Fleischer, R. Ulrichstraße 30

Produktiv Buchdruckerei

Adler & Co., Halle a. S. 2a

Referiert 99

Steinort 18 - Marktstr. 3

Glaserei u. Tischlerei Alfred Büttner, Triftstr. 33

Malerei - Anstrich Paul Haupe

Otto Jutz, Buch- u. Binderei

Franz Schulze, Bad u. Spezialeisen

Fritz Reizig, Glauchaer Straße 57

Drogen - Farben - Foto Bruno Freylich

Bettfedern-Reinigung Bettfedern, Inleits Fritz Mösensthal

Karl Richter, Triftstraße 5

Gebt für die „Kotehilfe“

Max Schröder, Schwelmschkestr. 18

Otto Fricke, Fischplan 1

Halle-Gröblich

„Atlantik“ Geiststraße 47

Referiert 26137

Hausfrauen kaufen nur bei unseren Interzonen

Hermann Böhlert, Regensburger Str. 75

Franz Müller, Taubenstr. 14

Kleine Anzeigen

R. Helwigs Hausschlachterei

Zigarrenhaus Willy Zeigler

Kauf bei Probsthain, Mittelstr. 10

Schokoladen Heinrich Schneider

Arbeiter kauft Wein beim Selbsterzeuger

Referiert

Adler-Drogerie

Barbara-Drogerie

Otto Ehrhardt, Hallische Str. 36

Carl Müller, Regensburger Str. 23

Referiert

Referiert

Kolonialwaren Max Künzel

Wettin

Karl Möbus, Hallische Straße 12

Carl Müller, Regensburger Str. 23

Referiert

Referiert

Witt-Tabak u. Rep. Station

Gashaus „Zum Stern“

Kauf nur Lipferti-Zigarren

Konfektionshaus Kurt Binnewies

Referiert

Referiert

Heideburg

Gashaus „Zum Stern“

Kauf das gute Mörz-Brot

Max Gabeler, Rosenstraße 3

Referiert

Referiert

Stern-Drogerie, Heideburg

Schäfer's Gärtnerei

Christian Schulz, Beilner Straße 7

Zentral-Molkerei, Ammendorf

Referiert

Referiert

Die Bezugsquelle der Arbeiterschaft ist Konsumverein Lobejün

Referiert 25

Gustav Schröder, Hohe Straße 8

Gartenbau, Reinhold Grosse

Referiert

Referiert

Paul Brandt, Kind- und Schweinefleischerei

Referiert 25

Paul Bauer Nfg., Regensburger Straße 7

Willy Bauer, Regensburger Str. 174

Referiert

Referiert

Helia

Referiert 25

Emil Rolle, Friseur

Paul Schmidt, Regensburger Str. 93

Referiert

Referiert

Friedrich Ruff, Wilhelmstr. 25

Referiert 25

Reinhold Meyer, Radeweller Str. 3

Albert Henze

Referiert

Referiert

Wimmelburg

Referiert 25

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Jede Hausfrau sagt Dir

Referiert 25

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Louis Präzel, Hühnermarkt

Referiert 25

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Eisenhandlung Wilhelm Kühne

Referiert 25

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Heinrich Schroeder, Töpferberg 25

Referiert 25

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert



Aus den Betrieben

Kampf gegen die neue Rationalisierungswelle

Siebenstundentag für das Leuna-Werk!

Vor einer neuen Entlassungskampagne — Die erste Demonstration im Betriebe — Matby muß in dem Arbeiterratsbüro Rede und Antwort geben — Leuna-Arbeiter, verbreitert die Front!

Die neue Rationalisierungswelle, die bereits im Mai vorigen Jahres einsetzte und schon rund fünf Jahre gefordert hat, wird neuerdings fortgeführt. Neue Entlassungen von über 500 Arbeitern werden angekündigt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß, wenn die Richtung von 500 spricht, das Doppelte und Dreifache dieser Zahl in Frage kommt. Nur Verhandlungsapellen der Werksleitung gehen die Leuna-Arbeiter nicht an. Auf der Sitzung vom 1. d. d. Leuna-Kollegen steht zur Eigen-Initiative griffen und selbst einen Sammelbrief anfertigen, durch den die Belegschaft aufgefordert wurde, zu Mittag vor dem Betriebsratsbüro zu demonstrieren. Eine große Unruhe und Erregung machte sich sofort in den Ab-

gen und bezoglichen, anzuknüpfen, am geschlossen gegen diese Maßnahmen anzukämpfen.

Die Verweigerung der Arbeiterklasse wird von der Traktbourgeoisie mit Hilfe der feilschenden und laßhaftigsten Kräfte immer schärfer durchgegriffen, den Hungerriemen sollt ihr enger schnallen. Niemand, auch kein einzelnes Betriebs- oder Arbeiterratsmitglied, kann Euch durch Verhandlung mit der Direktion helfen, wenn ihr nicht für eure Forderungen kämpft. Euch und Euren Familien sowie die Millionen Erwerbslosen, die auf dem Straßenpflaster liegen, seid ihr es schuldig. Morgen schon könnt ihr in das Erwerbslosenheer einreihen werden. Wollt ihr solange warten? Das könnt ihr nicht, damit ihr nicht in den von der Opposition einberufenen Versammlungen.

Recht Stellung zu den Forderungen in Leuna. Wollt ihr teilhaben am Verfall des sozialistischen Gewerkschaftsapparats am 1. und 2. Februar. Dort werden die Massen geschmeißt und konkrete Maßnahmen beschlossen, zugunsten auf die mitteldeutschen Betriebe zur Umwandlung einer weiten Berechtigung der Arbeiterklasse an der Abrechnung der Leuna-Forderungen auf die Betriebsratsverwaltung befähigen, Umfassen in Euren eigenen Reihen halten nach solchen Kollegen, die gewillt sind, Euch bei Euren Kämpfen Führer und Berater zu sein.

Firma Gebr. Bieler, Gr. Brauhausstr. 28

Geschäftsführer, Dreherei- und Spinnfabrik — die größte Leberlunderneise von Halle

A. A. Unausführlich streitet die Rationalisierung fort. Tausende Arbeiter werden erdnahrunglos dem Hunger preisgegeben, und in Halle gibt es noch Firmen die mit der Leberlunderneise fürchterliches Leiden. Eine Werkfirma, die allen den Rang abläuft, ist die abgenannte. Die Firma beschäftigt ca. 30 Mann Herr Bieler, der Herr hat scheinbar versprochen, daß er auch einmal Arbeiterarbeit gegeben hat, denn jetzt kennt er nur das Wort: Profit! Er macht da noch nicht einmal halt vor Krisensituationen. Der Arbeiterwille ist noch nicht erreicht hat, was ihn die Firma beschäftigt. Er hat seine Arbeit stets zu gutem Ende ausgeführt. Aber das alles spielt für den Arbeiter keine Rolle. Nach dem Sprichwort: „Der Moch hat keine Schuldigkeit getan, er kann geben“, wurde auch dieser Quaalied dem Glend preisgegeben. Was er nur darüber nachdenkt, mocht er Brot für seine Familie bekommen. Bieler erdreiste sich sogar zu sagen, daß er sich bei der Bemerkung hinsetzen ließ, „Staatsrentennummer“ bezog er nicht aus seinem Geldbeutel.

Sier wäre ein Fall für die Hauptfürsorgestelle Merseburg gegeben. Wie zweifelnd aber, daß derartige Stellen Abhilfe schaffen werden. Wie sind ja von Arbeitgeberseite es nicht anders gewünscht, aber daß die Belegschaft derartigen Stellen nicht gemacht ist, ist ein Zeichen der Rücksichtslosigkeit und ein Beispiel, daß das Klassenbewußtsein bei der Belegschaft noch im Urge liegt. Denn wie wäre es sonst möglich, daß wir bei einer Arbeitslosigkeit, die sich nur durch die Aktion der Arbeiter beheben lassen, die Arbeiter nicht wissen, wo sie das Geld zum Leben hernehmen sollen, daß in dieser Wunde Leberlunderneise mehr als Normalstunden gegeben werden!

Arbeiter, wir appellieren an Euer Klassenbewußtsein und rufen Euch zu, was mit der Leberlunderneise, schließt Euch der Kommunistischen Partei an, die allein nur eure Interessen vertritt.

Wichtige Sitzungen und Konferenzen

Sitzung, Metallarbeiter Merseburg!

Am Sonntag, dem 13. Januar, 9 Uhr, findet in Merseburg ein „Tisch!“ die diesjährige Generaterversammlung des DMB. statt. Alle oppositionellen Metallarbeiter müssen pünktlich erscheinen. Mitgliedsbücher nicht vergessen. Die Fraktionsteilung.

„Nur Generalfaulenzen werden entlassen ...“

Das sagt der Betriebsrat vom Richtigum-Schicht

A. A. Vor einiger Zeit gingen Gerüchte herum, daß die Mansfelder A. G. wieder Entlassungen ausbreiten will. Am Dienstag, dem 31. Dezember, folgten die ersten Entlassungen. Und schon am 3. Januar wurden wieder Entlassungen vorgenommen. 30 Jugendliche wurden auf das Strafenpflaster geworfen. Als Grund der Entlassungen wird angegeben: wegen der vielen Schichten, die gesteuert werden, und weil nicht genügend Arbeit geleistet wurde. Auch Kranke wurden entlassen. Auf das höchste ist das zu beurteilen, denn die Kumpels haben sich erst ihre Krankheit bei der Mansfeld A. G. geholt.

Der Betriebsrat sieht dem Treiben tatenlos zu, kein Einspruch, keine Stellungnahme usw. dazu. Der Betriebsrat Schüler, Großfamer, bekommt es sogar fertig, zu erklären:

Es sind nur Generalfaulenzen, die gefälligst werden!

Es sollen noch mehr Kumpels gefälligst werden. Viele Kumpels denken, wenn ich man nicht ranfomme, anstatt den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne anzunehmen.

Seitdem der neue Generaldirektor im Mansfelder Lande haust, müssen die Direktoren die ganze Schicht auf der Grube bleiben und die kleinen Beamten wie die kleinen Hunde auf die Arbeiter hegen. Jeder Tag sieht man Strafenpflaster wegen nicht genügender Leistung, wegen unzeitigen Schlafers oder Zuspätkommens usw.

Mansfelder Arbeiter, bemerkt Euch, es ist zu spät ist. Dem jetzt bestehenden Betriebsrat könnt ihr Euer Vertrauen nicht geben, wie ihr seht, hat dieser überhaupt keine Fühlung mehr mit den Betriebskollegen. Das muß anders werden! Her mit Belegschaftsversammlungen, Her mit öffentlichen Vergarbeitsverhandlungen, wählt rote Kampfleitungen, bereitet den Kampf vor!

Durch die Schiedsprüche der Schlichter

Sollen die Forderungen vereinigt werden. Zu nicht mit der rationalisierenden Betriebsratsverwaltung beugen können. Dies und verleierte ihre Schlichter und Schiedsprüche. Organ für marxistische Strategie und Taktik. Zu haben in allen Volksbuchhandlungen.

teilungen bemerkbar. Die Werksleitung ihrerseits ließ Dementis los, Betriebsleiter und Meister verweigern, die Arbeiter zu beschuldigen. Trotzdem gegen rund 30 Mann der Abteilung, in der die Arbeit verteilt werden waren, vor das Arbeiterratsbüro und verlangten dort Auskunft und Gehör. Die Arbeiter haben die erwartete Entlassungskampagne. Der Leuna-Staatsanwalt Hauptmann Matby wurde selbst herangezogen. Er mußte den Kollegen Bericht über die bevorstehenden Entlassungen erstatten, und es gelang ihm, nach einmal unter allen Verhörungen die Kollegen zu beruhigen.

Um „berartige Vorformung“ für alle Zukunft“ zu verhindern, wandte sich die Direktion an ihren Vorgesetzten, den sozialistischen Betriebsratsvorsitzenden Walter Meier, der ob dieser „Frechheit einzelner Kollegen“ freudiglich angelauten und noch mehr erregt war, als die Direktionsstellen selbst. Die Direktion versetzt mit ihm, wie man solche Vorformung in Zukunft unterbinden könne. Walter und seine Trabanten, Tenagenführer, berieten sofort eine Betriebsratsung ein, sie benutzten dort die Mehrheit, die aus Sozialisten, Parteimitgliedern und bürgerlichen Angehörigen besteht, um einen Aufruf für die Leuna-Belegschaft zu beschließen, der gedruckt der nächsten Lohnliste beigelegt werden soll.

Die oppositionellen Genossen wandten sich mit aller Schärfe gegen diesen Aufruf, weil er nur eine Verfestigung der wirklichen Beschäftigten und einen Betrug an der Leuna-Belegschaft bedeutet, sie forderten die Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden, die Verkürzung der 36- und 64-Stundenwoche in den Leberlunderneise, die Verkürzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden, der gedruckt der nächsten Lohnliste beigelegt werden soll.

Danon wollten die Sozialisten jedoch nichts wissen, sie beauftragten einen fünfzig-jährigen Angehörigen, den Antrag auf Schluß der Debatte einzubringen, den die oben erwähnte Mehrheit unter höchstem Protest der Opposition zustimmte.

Das Charakteristische in der Betriebsratsung war, daß, nach dem Matby einen ausführlichen Bericht über die Entlassungen gegeben und allen Kollegen unbedingt Schweigepflicht empfohlen hatte, daß sich Walter sofort aufwachte und erklärte, daß in der letzten Zeit gar keine Massenentlassungen vorgenommen seien, sondern nur immer kleinere Trupps von Arbeitern.

Alle 5000 Arbeiter von einer 20000 Mann starken Belegschaft sind bei Walter keine Massenentlassungen Walter spricht erst dann von Massenentlassungen, wenn die 9300 Arbeiter, die für die rote Betriebsratsliste sowie für die Arbeitsruhe am 1. Mai stimmten, entlassen sind oder werden.

Leuna-Arbeiter. Wir begrüßen Euren Schritt und wir fordern Euch auf, die nächste am Montag am Montag zu gestalten und vorzubereiten. Laßt Euch weder von der Werksleitung, noch von den von der Verkürzung forumprierten National- und Sozialisten im Betriebsrat einfließen. In jedem einzelnen Betriebe müßt ihr an den einzelnen Tagesfragen, Schritten der Meister, Wörtern- und Prämienerhebungen, Entlassungen

Kämpfende Frauen

1. Vor der Fabrik

Ununterbrochen, wie eine schwarze, die Schlange wälzt sich der Menschenstrom durch das Fabriktor. Die Arbeiter, Männer und Frauen, strömen aus allen Strahlen herbei, treffen sich vor der Fabrik, huren hinein, belegen die Höfe und Gebäude. Der Strom nimmt kein Ende, hunderte, tausende, immer mehr, immer mehr. Jeder Arbeiter, wenn er am Tore vorbeigeht, streckt den Arm, schreut und empfängt ein Flugblatt. Die junge Frau, welche dort an der Mauer lehnt, hat einen ganzen Packen unter dem Arm. Der Wörtern streift sie von der Seite an. Offenbar gefällt ihm diese Nachbarschaft nicht.

Je weiter der Zeiger der großen Uhr am Turm vorrückt, um so eiliger hasten die Menschen durch das Tor. Die Schichtarbeiter zu wenige Minuten bis Arbeitsbeginn. „Sagt kommen die Arbeiter, welche mit den Jüden fahren; sie kommen im vollen Galopp; denn in einer Minute wird das Tor geschlossen, und wer da noch draußen ist, verliert eine wertvolle Arbeitsstunde.“

Wählig aber flucht der Matby. Zwei Polizisten führen auf die Frau los und beschreiben, ihre die Arbeiter zu erschrecken. Einige Arbeiter bilden sich um die Gruppe herum und verschwinden, die Mehrzahl aber bleibt stehen, blickt mit böserfüllten Augen auf die Polizisten. Der einzige, welcher sich zu freuen scheint, ist der Wörtern. Immer wieder laut hat die Menge. Das Mädchen verteilt immer noch Flugblätter, muß dabei aber ihren Packen gegen die beiden verteidigen. Die Arbeiter geben offen ihrem Haß gegen die Polizei Ausdruck. Dunkle Drohungen tauchen schon auf.

Wer weiß, — vielleicht ist gerade unter diesen Arbeitern manch einer, der diese selben Flugblätter während der Nacht mühsam und mit primitiven Maschinen hergestellt hat.

Einer der Polizisten hat dem Mädchen den Arm umgedreht, aber sie hält fest, tritt den Mann gegen die Beine und reißt sich wieder los.

Ein langer Burleske geht während auf die Polizisten zu, — da beginnt plötzlich die Sitze zu heulen. Erstrecken, sich stoßen, stülken die letzten Arbeiter in die Fabrik. Der Haß vor dem Tore ist leer.

Nur das Mädchen, die Polizisten und der Wörtern stehen noch da. Die Flugblätter sind auf das feuchte Pflaster gefallen, in die Wolke geweht, von beiden Sirenen zertrümmert hat, was laufende Fußarbeiter nicht wissen, wo sie das Geld zum Leben hernehmen sollen, daß in dieser Wunde Leberlunderneise mehr als Normalstunden gegeben werden!

Arbeiter, wir appellieren an Euer Klassenbewußtsein und rufen Euch zu, was mit der Leberlunderneise, schließt Euch der Kommunistischen Partei an, die allein nur eure Interessen vertritt.

Helft mit an der Bekämpfung dieser verrotten Gesellschaftsordnung. Es gilt, ein Gesamt-Deutschland zu errichten. Also mehr Klassenbewußtsein und Kampf.

Noch erwähnen möchten wir einige „Kollegen“, die die schweren Leberlunderneise: Paul Beuer, Schloßer, früher Rathhausstraße, jetzt Siebolden, Hans Rehner, Schloßer, Gabelbergerstraße, Ernst Wöhe, Dreher, Heiligerstraße 30.

Sofortig genügt dieses Material für heute. Sollten sich in aller Kürze diese Zustände bei dieser Firma nicht ändern, sind wir gern bereit, mit neuem Material zu dienen.

Vom Michel-Zusthaus im Geisetal

A. A. Wirklich, es darf keine Woche vergehen in der nicht etwas neues Unerhörtes von der Gemeindefrat Michel-Zusthaus im Geisetal (Michel-Zusthaus) zu berichten wäre. Die Rathenburger der Grubenbarone scheinen neue Anweisungen bekommen zu haben. Sie werden jetzt so ruppig, wie nie zuvor. Da ist der Große, den sie den „Bismarck“ nennen, in letzter Zeit so bummelnd geworden, daß er bei der nächsten Gelegenheit eine Abreise beabsichtigt wird. Der Krug geht so lange zum Weller, bis er bricht. Daß doch dieser traurige Kerl sich die Freiheit erlaubt, angegriffen in der Verhau und besonders bei Michel vorzukommen Unfälle zu erklären:

„Die Arbeiter wollen es so ja haben. Sie stecken ja ihre Arme und Beine zwischen die Klammern, damit sie Krantenfälle machen können ...“

Das ist wohl das härteste Stück, das sich dieser Ausbrecherrecht erlaubt hat.

Eine zweite Blüte vom Michel ist der sogenannte „Richtschieber“, der schlicht wie eine Klumpfüße hinter den Rücken hin. Er sorgt dafür, daß klumpfüßige Proleten aus dem Betriebe hinausgeworfen werden.

Eine andere Marke ist der sogenannte „Schuppennummer“, der meist mit Ausbleiben herum, die einem zoologischen Garten alle Tiere machen. Das genügt für heute. Die drei Bauarbeitgeber vom Michel sind gekennzeichnet, und zwar so, daß es jeder Arbeiter versteht. Das „Wohlfühlchen“ brachte ja neulich auch einen Bericht vom Michel. Aber er war sehr und trübselig.

Die Herren Sozialisten bringen seit Betriebsbeginn in ihre Presse, um so zu tun, als ob sie Arbeiterinteressen vertreten, um die Vergumpelungen wieder hinter sich zu bringen.

Kumpels vom Michel-Zusthaus, kämpft gegen eure Unterdrücker, kämpft um Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit!

Damit geht er, die Arbeiterin aber kehrt zu den Kolleginnen zurück und bepricht mit ihnen die Maßnahmen, die zu treffen und einzuleiten sind.

„Eine unglückliche Sache!“ werden manche sagen. Kein! Sondern ein kleiner Teil des großen Kampfes in den Betrieben um bessere Arbeitsbedingungen. Ein Kampf, den die Frauen mit ihren Arbeitsbrüdern kämpfen müssen. Ja, sie müssen kämpfen für kleine Portzelle, und darüber hinaus für das Wortarbeitstreiben der Revolution.

3. Auf der Straße

Ein kurzes Kommando aus Frauenmund, und der Demonstrationszug setzt sich in Bewegung. Keine Klumpfüße, keine Klumpfüße, aber hoch eine Gagar mutiger, kampfschlossiger Frauen, alte und junge.

Ein Strom von Kraft geht von den marschierenden Frauen aus. Heller Gesang steigt empor, schmet über der Menge.

Wenn der Gesang verstummt, hört man das rote Fahnenstück im Winde knattern.

Schilder werden mitgetragen, Transparente, Tageslosungen: Für gleiche Arbeit gleicher Lohn — Kampf gegen Sozial- und Nationalsozialismus! — Kampf den oberirdischen Frauenvereinen! usw. Ein Auto voller Polizisten begleitet den Zug.

Die Fahnenstange hat die Form einer geballten Faust; das ist Grund genug für die Polizisten, um einzugreifen. Nun verlaufen sie den Zug zu sprengen. Schon greift einer nach der Fahne. Aber die große, knaue Fahnenstange ist so fest nicht lange, halt aus und — kracht! Dem Polizisten tanzen ganz gewiß lauter kleine, geballte Fäuste vor den Augen. Es entspinnt sich eine regelrechte Schlacht. Die Polizisten kommen nicht weit mit der erbeuteten Fahne. Im Zug stehen sie wieder in dem Knäuel der erregten Frauen.

Es tritt ihnen nichts weiter übrig, als das Feld zu räumen. Der Zug ordnet sich wieder. Die Schritte der Arbeiterinnen werden fester. Lauter erschallen die Stimmen. Die Transparente leuchten. Und noch immer knattert im Winde das rote Fahnenstück.

Delitzsch-Torgau

SPD. Arm in Arm mit den Bürgerlichen im Torgauer „Stadttheater“

Der erste Akt spielte im Schiffchen, der zweite im Stadtratsordnungslokal.

Auf der Tagesordnung standen nur die Wahlen.

Den von der SPD. eingereichten Antrag für Erwerbslose und Kenner läßt man verhandeln. Den anwendenden SPD-Arbeitern wurde von Dahlenburg und Dörfner eine Entschuldigung vorgelesen. Martin von Dörfner'sen Graden hatte sich bei Ulrich eingelagert. An allen Fragen, wenn es gegen die Armen geht, wird man die SPD. mit Ulrich gemeinsam marschieren sehen. Neben dem „Volksverwalter“ ist nun noch sein treuer Krieger und Adjutant, der einmal den Wahlkreis antrat, als er Bürgermeister werden wollte, eingetroffen und als ausführendes Organ hat die SPD. den Mann mit Gummihüpfel und Revolver mitgeführt. Der „Verein für Ruhe und Ordnung“ ist geschlossen.

Etwas unlegen kam dem Alterspräsidenten Vassig der Antrag über den Genoffin Voligt, das Tagungslokal zu verlegen. weil viele Wähler keinen Einfluß bekommen haben. SPD. und Ulrich lehnten ab. Um das elende Schachergesicht, was bei den Wahlen zum Ausdruck kam, zu verdecken, griff Dahlenburg die Wirtschaftigkeit an, sie hätten sich mit der SPD. an einen Tisch gesetzt und geschändet.

Dahlenburg, der nur darauf gelaufen hatte, verabschiedete der SPD. die andere Parteiführer. Er erklärte, daß die Wähler beim Kreistag ebenfalls mit der SPD. verhandelt hätten. Also, es steht fest, daß alle Bürgerlichen den „Verein“ der SPD. als Schieberkolonne erkannt haben. Besonders humorvoll nahm es sich aus, als gerade der erste Bürgermeister bei seinem Einbürgerungsbesuch von Vassig zur Sprache kam und mit dem Drucke Hand vor die Ohren, die die Stadtratsordnungen. Andere Leute hatten das Bedürfnis, sich daraufhin zu waschen. Bei der Wahl des Vorstehers standen 11 zu 11 und zwei unglückliche Stimmen. Unsere Genossen bestellten sich nicht an der Wahl des Präsidiums. Der Mann auf der Bühne wurde Vassig durch das Los.

Beim Stellvertreter machte Dahlenburg den SPD-Arbeitern etwas vor. Er schlug Dahlenburg vor, die SPD. den Vassig zu überlassen. Daß durch dieses Manöver die gemeinte Wählerstimme verdeckt werden sollte, geht aus folgendem hervor: Dörfner, Vassig, Kof, keiner erhält die Mehrheit. Wie auf Kommando leichten Dörfner, Vassig und Kof ab.

Vassig will nur annehmen, wenn nur eine kleine Mehrheit für ihn stimmt!

Siehe da, es fanden sich sofort regierender zwei Stimmen aus dem Dahlenburg-Ulrich-Lager, welche Herrn Vassig als SPD-Mann das Vertrauen entgegenbrachten. Schriftführer und Stellvertreter wurden durch das Los entlassen.

Die Wahl der Ausschüsse ging so voran, wie die Leute im Schiffchen beschissen. Nur durch einen Reiterfehler von Dahlenburg kam Genoffin Voligt in den Rechnungsprüfungsausschuß.

Hier zeigte sich, wie weit die SPD. verflucht ist.

Aus reiner Liebhaberei nur dem Bürgerkomitee machte Frenzel einen „Regiefehler“ nach dem andern. So kam es denn, daß er seine eigene Partei aus mehreren Ausschüssen fernhielt, indem er allemal zwei Bürgerliche voran vorschlug. Nur wenn es um seine Person ging, war es anders.

Auch seinem „Partei Freund“ Vassig entzog er die Aufsicht über die „Z. R.“ bei der Wahl und Kreistag, indem er einen Bürgerlichen vorschlug. Neben das Seine.

Den letzten die Einzelstimme von der SPD. bis Ulrich den Dringlichkeitsantrag der SPD. für die Unterstufung der Erwerbslosen und Kenner ab.

Ebenfalls lehnte dieselbe Mehrheit ab, über ein Maßrauen so zu um gegen den ersten Bürgermeister von der SPD. eingeleitet, zu verhandeln.

Nun, Ihr Herren, drum herum kommt Ihr nicht, Ihr werdet in der nächsten Sitzung das Los bekommen müssen. Wegen der Magistratsordnungen waren sich diese politischen Jongleure noch nicht einig. Eine Kommission soll den Kaufhandel abschließen, damit in der nächsten Sitzung alles klappt. Unsere Genossen haben konsequent die Opposition gegen die Parteien in der Großen Koalition durchgeführt und die kommenden Sitzungen werden noch manchem Wähler dieser Parteien die Augen öffnen.

Die Dummheiten werden nicht alle

Vad Schmiedeberg. Der „berühmte“ Metallarbeitervertrauensmann und SPD-Mann J. Matthäi ging nach dem Anker. Da begegnete ihm zwei Hagenwäldler, drückten ihm die Hand und fragten, ob sie wohlgehen sollten. Er bekommt für 20 Pf. ein glänzendes Futterschiffchen, wenn er aber noch mehr bieten will, müßte er ein größeres Gebot abgeben. Gelegt, getan, er gab ein 5-Mark-Stück, das bei einem der Wäldler in der Unterwelt verschwand. Nach einem kurzen Wortwechsel verschwand die Wäldler und dachte wohl dabei: Die Dummheit werden nicht alle.

Mansfeld-Sangerhausen

Im Gemeindeparlament Schraplau nimmt etwas nicht

In der Stadtratsordnungsung vom Sonnabend, dem 11. Januar, war es von vornherein die Absicht der SPD-Bürgermeister, die Arbeitslosigkeit des Parlamentes zu fördern. Er erklärte, man müßte erst eine halbe Stunde warten oder man könnte auch ohne ihn tagen. Als in der Stadtratsordnungsversammlung im Dezember das Büro gewählt und einstimmig beschloßen wurde, daß diese Wahl auch für 1930 gelten sollte, hatte niemand etwas dagegen einzuwenden.

Erst in der ersten Sitzung des neuen Jahres fiel es dem Herrn Bürgermeister ein, dagegen Einwendungen zu machen. Trotzdem erklärte er nicht rechtzeitig in der Versammlung, um sich dazu zu erklären. Erst auf Verlangen unserer Genossen ließ er sich zu einer Antwort herab. Die Stadtratsordnungsversammlung war aber der Ansicht, daß die Beanstandung durch den Bürgermeister zu Unrecht erfolgt sei. Daraufhin verstand der hohe Herr mit seinen Akten aus der Sitzung. Die Erregung über dieses sinnliche Verhalten war groß.

Um vor der gesamten Einwohnerheit diese Frage zu klären, beruft die SPD-Fraktion zu

Wittmoos, dem 15. Januar, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“ eine große öffentliche Einwohnerversammlung ein. Es sprechen der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Koenen und der Genosse Hermann Gäbler. Erscheint in Massen!

Die Kriegssperre rühren sich

Die am 2. Januar tagende Mitgliederversammlung des Internationalen Bundes Ortsgruppe Nordhausen, nahm eine Resolution an, in der sie energig gegen die eingeleiteten und durchgeführten Währungsmaßnahmen der Reichsregierung und die gesamte Verschlechterung des Verschickens protestiert. Schon die durch nichts gerechtfertigten Währungsmaßnahmen setzen eine unheilvolle Wunde und es müßte nicht nur die Beseitigung aller Verschlechterungen, sondern eine sofortige Erhebung der Hungerrenten und freie ärztliche Behandlung sowie Heilmittel.

Bitterfeld-Wittenberg

SPD-Verleumder in Jörbig

Die letzte Erwerbslosenversammlung hat die „linken“ Verleumder der von der SPD. ganz außer Acht gelassen. Ihre Wut tobten sie in einem Artikel in der „Freien Presse“ vom Freitag aus, in dem gelogen wird, daß die neu aufgenommenen Mitglieder in die SPD. keine Beiträge zu zahlen brauchen.

In diesem Artikel heißt es, daß in der Erwerbslosenversammlung eine wilde Schreie gehalten wurde gegen die SPD. Obwohl die Kenner dabei es nicht unterließen, die SPD. als die Würdigen an dem Zustandekommen dieses neuen Schandbeschlusses anzuprangern. Jeder Erwerbslose wird wohl selbst die „linken“ Verleumder dieses Geschlechtes an eigenen Zeilen prüfen. Die SPD. dürfen können ja Gelegenheit nehmen, in der nächsten Erwerbslosenversammlung den Arbeitern entgegenzutreten, die es wagten, das schändliche Tun und Treiben dieser Partei anzuprangern.

Dann hebt man einen einzigen Vertreter im Stadtparlament in den Himmel, auf dessen Initiative es möglich gewesen wäre, den Erwerbslosen eine Warte der Hilfe zu bekommen zu lassen. Wir stellen auf diese ganz demüthig verdrückte Darstellung fest:

Der Genosse Kellnig habe bereits vor Dinfel den Stadtparlament der kommunizierten Fraktion Harzgebiet und die Annahme des Antrages in der gestrigen Form geordert.

Das SPD-Mitglied, das dem Erwerbslosenausschuß angehört, wird bestreiten müssen, daß es gerade die Kommunisten waren, die den Erwerbslosen zu einer Weihnachtsbeihilfe verholten haben. Wenn Dinfel sich für den Antrag aussprach, so ist das nichts als elende Demagogie, genau so wie sein Antrag in der letzten Sitzung. Er versucht nur Verwirrung in die revolutionäre Arbeiterschaft zu bringen.

Auf die besondere Verleumdung in bezug auf Genossen K. stellen wir fest, daß Genosse K. in dieser Frage ganz rein dastehet.

Des weiteren wird die Bezirkskonferenz als sinnlose Leistung bezeichnet. Dem Sinn werden wir den Verfassungen schon sagen. Auf

Wahnwitzige Strafen gegen Erwerbslose

Wegen Rauchens um das fünffache der Tagesunterstützung bestraft — Strafen bis zu 50 Mark

Der Spruchauschuß des Arbeitsamtes Bitterfeld hat in seiner Sitzung vom 3. Januar 1930 die nachstehend aufgeführten Strafen verhängt:

Dem Maurer W. E. wegen Verweigerung seines Verdienstes der Ehefrau Zurückzahlung der zwei erbobenen Beträge und Geldstrafe 21 Mark. Das ist das fünffache des täglichen Unterhaltungslohnes.

Dem Arbeiter W. M. wegen Rauchens während des öffentlichen Verkehrs im Arbeitsamt Bitterfeld: eine Geldstrafe von 9 Mark, ist das fünffache des täglichen Unterhaltungslohnes.

Dem Kraftwagenführer D. E. wegen „Schwarzarbeit“, Zurückzahlung der zwei erbobenen Beträge und Geldstrafe von 26,25 Mark, das ist das Sechsfache des täglichen Unterhaltungslohnes.

Dem Tischler R. St. wegen Rauchens 14,90 Mark, das ist das fünffache des täglichen Unterhaltungslohnes.

Dem Tischler R. C. wegen Rauchens 16,90 Mark, das ist das fünffache des täglichen Unterhaltungslohnes.

Wegen „Schwarzarbeit“ wurden außerdem noch bestraft: Der Schuhmacher G. H. zu 17,05 Mark, der Arbeiter D. W. zu 20,70 Mark, das ist das Sechsfache des Unterhaltungslohnes. Der Arbeiter B. H. zu 19,15 Mark, der Arbeiter R. K. zu 15,75 Mark, der Arbeiter W. T. zu 14,90 Mark, Kraftwagenführer B. T. zu 38,30 Mark, das ist das Sechsfache des täglichen Unterhaltungslohnes. Der Arbeiter D. H. wegen Verweigerung eines Wandergewerbescheines zu 14,45 Mark, das ist das fünffache des täglichen Unterhaltungslohnes.

Man sieht hier tatsächlich an den Kopf ob so viel wahnwitziger Schinderei und Provoaktion gegenüber den Erwerbslosen. Da

die plumpe Behauptung, die SPD. bestände die Delegiertenlisten, stellen wir fest, daß wohl ein diesbezüglicher Antrag aus der Versammlung gestellt wurde, dem aber nicht teilgegeben wurde. Im übrigen überlassen wir es den Erwerbslosen selbst, das Urteil über das schamlose Verhalten einzelner SPD-Leute in Jörbig zu fällen.

Erwerbslosentragen in Jörbig

Kommunisten kämpfen für die Forderungen

In der am 7. Januar tagenden Gemeindevorversammlung wurde vom Vertreter der SPD. ein Dringlichkeitsantrag für die Erwerbslosen eingereicht. Es wurde darin gefordert:

1. Bereitstellung von Wohnungen für ledige Erwerbslose ohne Familiengemeinschaft in Jörbig und ohne Zahlung eines Mietzuschusses für die.
2. Eine einmalige Zahlung in Höhe von 50 Mk. für Verheiratete und 25 Mk. für ledige Erwerbslose. Diese Beihilfe war gedacht zur Beschaffung von Unterbekleidung.
3. Eine wöchentliche Beihilfe von einem Zentner Kohle, ein Pfund Fett und ein 6-Pfund-Brot. Für Ledige die Hälfte.

Diese Forderungen wurden zwar noch nicht bewilligt, sondern einer Kommission, die sich mit den Angelegenheiten befaßt, überlassen. Das geschah auch am Tage danach. Das Ergebnis der Zusammenkunft ist:

Errichtung einer Kasse für die Erwerbslosen ab Montag, dem 13. Januar, um unentgeltlich Essen herauszugeben, und zwar: ein Liter Essen für Erwachsene, ein halbes Liter für Kinder der Erwerbslosen pro Tag. Kinder über zwölf Jahre bekommen volle Portion. Weiter befaßt die Gemeinde Ledere und stellt Schuhmacher ein zur Instandhaltung der Schuhe der Erwerbslosen. Die Gemeinde erklärt sich ferner bereit, den Erwerbslosenausschuß, der in der nächsten Versammlung gewählt wird, anzuerkennen. In Fällen, wo dringende Kleidungsstücke gebraucht werden, sollen diese bewilligt werden.

Massenkontrolle im Wittenberger Gemeindeparlament

Bei der am 7. Januar tagenden Stadtratsordnungsung in Wittenberg hat als erster Punkt Wahl von acht unbesoldeten Magistratsmitgliedern auf der Tagesordnung. Es erhielten der Bürgerklub zwei Stadträte, Vereinigte Liste von Wietern bis zu dem Kreis der Stadträte, die SPD. einen Stadtrat, während beim letzten Mandat das Los zwischen SPD. und SPD. zugunsten der SPD. fiel. Von uns ist die Gewerkschaftsbewegung gewählt. Die Stadtratsordnungsversammlung sollte beschließen, als Mitglied des Verkehrsvereins mit einem Jahresbeitrag von 200 Mark weiter zu verbleiben. Die SPD. gab durch Hofe eine lebendige Erklärung ab und war schließlich gegen diese Vorlage. Unser Genosse Kibarsch ging vom proletarischen Standpunkt an die

Kritik dieses rein bürgerlichen und kirchlichen Unternehmens heran und löste die größte Zustimmung der Tribünenbesucher damit aus.

Als er verlangte, daß diese Gelder zur Wohnsicherheitspflege verwendet werden, quittieren die Tribünenbesucher seine Ausführungen mit allgemeinem Bravo und Händelschlagen.

Das brachte den Spießbürger Klamann an ganz aus dem Häuschen. Mit wundenzerrtem Gesicht, bläß wie der Tod, brüllte er nach der Tribüne: „Hier haben nur die Stadtratsordnungen was zu sagen, und wenn ich ein Ton von den Bescheidern verlaute, laufe ich die Tribüne räumen.“ Als er so den starken Mann spielte, antwortete ihm großes Gelächter von der Tribüne. Unsere Genossen brandmarkten diese Hausrechtshelden des mitgewordenen Spießbürgers und machten ihm klar, daß man hier in seinem Jungfrauenverein ist.

Der deputationsfähige Jägerführer Kapper befiel gegen die Tribünenbesucher. Sein Antrag auf Nennung der Tribüne wurde schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen. So verfiel man im Parlament der Aufrechterhaltung Wittenberg.

Bei einem Antrag des Bürgerklubs, der die Speisen und Aufwandsentschädigungen für Stadtratsordnungen, d. h. vor allem die Sitzungsgelder, beseitigt wissen wollte, gab es eine heftige Diskussion. Unser Genosse erklärte, daß die niedrigen Beiträge aus Demagogie gestellt sind und an die niedrigsten Anteile der Wählerkraft angelehnt.

Damit soll den Vertretern des Proletariats die Möglichkeit zur Teilnahme an den Sitzungen erschwert oder gänzlich werden,

da sie selbstverständlich diesen Wohlstand nicht tragen können. An den Abbau der Wäldler-Gehälter der mittleren und oberen Klassen denkt der Wäldler natürlich nicht. Wie als Kommunisten haben in diesem kapitalistischen Staat auf gar nichts zu verzichten. Wenn schon Parlamente gewählt werden, dann müßte man auch Mittel dafür bereitstellen, daß sie tagen können. Wenn die Herrschaften von den Wäldlern auf die Gelder verzichten wollen, so können sie das ja ohnehin tun.

Auch der SPD-Mann Hofe und Jwanow von der Bezirksfraktion sprachen gegen diesen Antrag, der mit 23 gegen 8 Stimmen abgelehnt wurde.

Besonders zu vermerken ist noch, daß der aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossene

Maurerpolier Paul G. sich zusammen mit dem Bürgerklub gekümmert hat.

Spät Tausel vor einem solchen Gesellen! Unter dem Protekt unserer Genossen Hildebrandt wurde dann die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Auf der Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung stand: Abholung der Schloßbrücke. Arbeiter und Angehörige, besetzt auch weiterhin aktiv die Stadtratsordnungsung und überzeugt Euch selber, wer eure Interessen vertritt.

Witterfeld

Am Donnerstag, dem 16. Januar, abends 8 Uhr, spielt im „Vollshaus“ das große russische Ballett-Ensemble der Lenin-Richtschicht-Luzemburg-Keller. Wir fordern alle Arbeiter auf, diese Veranstaltung reiflos zu besuchen.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Herausgeber: Leo Hans monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G.m.b.H., Halle, Verlagsstraße 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Wird der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Abgabepreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte: 1 Mt. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Vereinsbank Halle. Postfachkonto: Leipzig 1008 48 Fritz Krosch, Halle. Druck: Produktiv-Verlagsgesellschaft G.m.b.H., Halle, Verlagsstraße 14. Fernruf: 22251. Drahtanschrift: Klassenkampf Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 14. Januar 1930

10. Jahrgang * Nr. 11

Das hallische Truistparlament gegen die Erwerbslosen

Statt Brot und Arbeit unerhörter Polizeiterrror

Die SPD. und die übrigen bürgerlichen Parteien verhöhnen die Erwerbslosen

Halle, den 14. Januar.

Polizeiterrror statt Brot und Arbeit, das ist keine Lebensart, das ist die beste Charakterisierung unserer gegenwärtigen Zustände. Der gestrige Tag in Halle hat es wiederum bewiesen.

Im Stadtparlament wurden die Anträge aus den Erwerbslosenversammlungen, die sich die Kommunisten zu eigen gemacht hatten, von der SPD. und allen anderen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Abgelehnt wurde sogar ein Antrag der Sozialdemokraten, der für ein Kind der Erwerbslosen die lächerliche Summe von 3 Mark vorschlug, mit der der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Peters, der im Stadtparlament den Namen der SPD. machte, bei einem Kaffeegastmahl sogar ohne Begründung nicht auskommt. Abgelehnt wurde ein Antrag der Nazis, der nach der Begründung ihres Sprechers denen, denen es noch „leidlich geht“, etwas durch Reichsfinanzminister usw. für jene wegnehmen sollte, denen es vollkommen dreht. Zusammengekommen wurde ein Antrag der anderen bürgerlichen Stadtparlamenten, 200 000 Mark für Kostensarbeiten zur Verfügung zu stellen.

Diese lächerlich geringe Summe reicht nicht einmal, um den 8500 registrierenden Erwerbslosen einen einzigen Wochenlohn von 25 Mark auszusahlen.

Die Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialisten lehnte auch die Beratung eines kommunistischen Antrages, der sich gegen Young-Plan und Finanzreform

richtete, die die Gemeinden doch ungeheuerlich belasten, ab. Die angeblichen Bekämpfer des Young-Planes aus dem Hitler-Jugendberg-Lager haben sich damit erneut zu dem Hungertod bekant, der als Folge dieser Anträge durchgeführt wird. Auch folgender kommunistischer Antrag, der die grundsätzliche Befämpfung der Erwerbslosigkeit nicht nur mit dem Mittel von Sonderzuweisungen, sondern durch die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten erbringen wollte, wurde von der bürgerlichen Einheitsfront, von den Nazis bis zur SPD., abgelehnt.

Die kommunistische Stadtparlamentenfraktion beantragt: „Der hallische Magistrat hat sich bei den entsprechenden Behörden des Staates und den Instanzen der Industrie dafür einzusetzen, daß angesichts der gewaltigen Massenentlassungen im Leuna-Werk und in der hallischen Metallindustrie umgehend der Sieben-Tunden-Tag, die Fünftagewoche und das Vierstundensystem bei vollem Lohnausgleich und einer Lohnerhöhung von 30 Prozent eingeführt werden.“

In dem Maße, wie dieses unerhörte Verhalten der bürgerlich-sozialistischen Mehrheit auf dem Marktplatz und in den Straßen der Stadt Halle den zu Tausenden demonstrierenden Erwerbslosen bekannt wurde, stieg die berechtigzte Empörung über das niederträchtige Verhalten des Truistparlamentes.



„Mutter, wir haben Hunger...“

dung der Begründung des Magistrats beweist allein schon die Galtlosigkeit derselben.

Wir hängen besonders die aktive Hilfe, die die sozialistische Partei von Halle durch ihre „Volksblätter“ in der niederträchtigen Weise dem Magistrat bei der Verhinderung einer Stadtparlamentenfraktion vor Reichsminister geleistet hat, niedriger. Damit entsetzt sich die Partei wieder mal als erbärmlicher Zuschauer der Truistparlamenten.

Die wertvolle Unterstützung, welche in der Magistratsverkürzung den ersten Vorkopf des dieses neue Parlament: noch mehr als das alte beherrschenden Truistparlamentes. Schon durch diesen einen Fall — und durch die Vielfältigkeit, mit der sie diese Erklärung entgegennehmen — wagt die wertvolle Bevölkerung, daß sie von diesem Parlament nichts zu erwarten hat als Stockschläge auf den Magen, als Vergeltung des Massenleides.

Unter Führung der kommunistischen Partei werden die wertvollen Massen auf der Straße und in den Betrieben den Kampf um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und politischen Lage aufnehmen und durch ein dieses Parlament als Tribüne zur Massenmobilisation benötigen.

Schweigend hatten die sozialdemokratischen und die anderen bürgerlichen Stadtparlamenten sich diese Erklärung angehört. Der Magistrat war zu feige, auf diese Feststellung zu antworten. Er hat damit seine Schuld an der Verschleppung der Stadtparlamentenfraktion bestätigt.

Die Hehe der gesamten bürgerlichen Presse gegen die SPD., die das „Volksblatt“ am Sonnabend bis zur Androhung von Polizeibestrafungen gegen die kommunistischen Stadtparlamentenfraktion steigerte und die das sozialdemokratische Bruderorgan, die „Saale-Zeitung“, mit der Bemerkung, daß die Erwerbslosen ja zu faul seien, Arbeit anzunehmen, beschloß, ist damit elend zusammengebrochen.

Der Polizeiterrror gegen die Erwerbslosen

Am 5 Uhr war der Marktplatz schwarz von Demonstranten. Immer neue Massen strömten aus allen Richtungen herbei. Im

Das Schuldbekenntnis des Magistrats

Kommunistische Anklage gegen die Verschleppung der ersten Stadtparlamentenfraktion

Schon die Stellungnahme der SPD. und der anderen bürgerlichen Parteien zur Verschleppung der Stadtparlamentenfraktion bewies, daß die wertvollen Massen von diesem Parlament nichts als neues Masseneid zu erwarten haben. Sofort nach der Übernahme der ersten Formalitäten verlor im Auftrage unserer Fraktion der Genosse Graße folgende Erklärung:

Erklärung

Die kommunistische Stadtparlamentenfraktion ersuchte am 16. Dezember den Magistrat, das neue Stadtparlament sofort zusammenzubekommen. Sie begründete ihr Verlangen mit Anträgen, die die Beschaffung von Winterbeihilfen für die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner, sowie die Schwertriebsbeschäftigten und die künftigen Arbeiter vorschlugen und die u. a. auch Stellungnahme gegen die Hungerungs- und Arbeitslosigkeit der Koalitionregierung, das die Kommunen schwerbelastende Sozialprogramm und das Republikanisch verlangten. Diesen Antrag hat der Magistrat abgelehnt. Seine Ablehnung wurde zunächst an dem in der bürgerlichen Presse mit einem angeblichen Verlehen der kommunistischen Fraktion begründet. Weil ein kommunistischer Abgeordneter zurücktrat und der andere nachrückende nicht sofort als Nachfolger benannt werden sei, wäre es dem Magistrat unmöglich gewesen, die Stadtparlamentenfraktion noch im alten Jahre einzuberufen.

Wir stellen fest, daß diese Begründung ein unerhörtes Täuschungsmanöver der Werkstätten von Halle mit dem Ziel darstellt, die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie die künftigen Arbeiter um dringend notwendige Winterbeihilfen zu bringen und dabei noch die Schuld auf die einzige Vertreterin der wertvollen Massen, die kommunistische Partei, abzuwälzen.

Wenn es dem Magistrat nur darauf angekommen wäre, Maßnahmen im Interesse des mitteldeutschen Truistparlamentes in der Stadtparlamentenfraktion durchzuführen, dann wäre diese ohne weiteres sofort einberufen worden, der angeführte Grund hätte dann einfach nicht existiert. Der Magistrat handelte gerade im Auftrage des Truistparlamentes, als er mit dieser lächerlichen Begründung die Erwerbslosen um, um die Winterbeihilfe brachte. Der reaktionäre Magistrat wird auch durch sein Verhalten mit den nach wie vor notwendigen Anträgen der kommunistischen Fraktion auf Winterbeihilfen um, bewiesen, daß es ihm nur darauf ankam, die armen der Armen um eine kleine Weihnachtsgeldfreude zu bringen.

Dies Verhalten des Magistrats ist besonders angeht, der gerade in unserem Bezirk gewaltig angewachsenen Erwerbslosigkeit empfindet, zumal der Magistrat mit solchen



Kampf in Merseburg

Der Willkürregiment erleidet Schiffbruch „des kommunistischen Janhagel“ bewilligen

Der Vorsteher Bremer untertrag die Sitzung, auf Protest unserer Genossen wurde nach einer geruamen Zeit die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Die Sozialisten, die die Erwerbslosen im „Volksblatt“ als „kommunistischen Janhagel“ bezeichnet hatten, wagtten unter dem ungeheuren Protest nicht, die Anträge abzulehnen. Mit den Stimmen der SPD. fanden die Anträge unserer Genossen Aufnahme.

Die Erwerbslosen erhalten eine Wärmehalle, Heizmaterial. Eine Schulbesucherkart zum kostenlosen Besuchen der Schule wird eingerichtet, des weiteren fand das Arbeitsbeschaffungsprogramm Aufnahme.

Nach Schluß der Sitzung fanden immer noch Hunderte von Erwerbslosen vor dem Rathaus. Die Empörung war so stark, daß sich die Sozialisten nicht aus dem Rathaus wagen. 21 Uhr abends wurden die Straßen durch die Polizei geräumt. Die SPD.-Stadtparlamentenfraktion ließ sich durch die Polizei nach Hause begleiten. (Ausführlicher Bericht morgen.)

ins Zuchthaus sperren! Nun, dann macht es halt Eure Polizei! Soll Krüger (der ehemalige DWA-Bosse, jetziger Polizeipräsident) seine Helidenten beweihe! Nieder mit den Sozialisten! Kampf diesem Hungerparlament!“